

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 16. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2016-2020)

Sitzungsdatum: 5. Dezember 2017
Sitzungsort: Aula Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.30 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Simon Maurer, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
Philippe Hofmann
Roman Klauser
Christoph Morat
Thomas Pfaff
Franz Vogt
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung
Rudolf Spinnler, Rechtsdienst

Gäste:

Anwesend Philippe Adam, Rolf Adam, Mark Aellen, Andreas Bärtsch, Rahel Balsiger Sonjic, Mirjam Benz, Julia Gosteli, Barbara Grange, Kathrin Gürtler, Lukas Hess, Roman Hintermeister, René Imhof, Ueli Keller, Christian Kellermann, Patrick Kneubühler, Ursula Krieger, Andreas Lavicka, Simon Maurer, Jérôme Mollat, Niklaus Morat, Urs Pozivil, Evelyne Roth, Christoph Ruckstuhl, Kathrin Schaltenbrand, Melina Schellenberg, Florian Spiegel, Christian Stocker Arnet, Pascale Uccella, Henry Vogt, Semra Wagner, Jörg Waldner, Andreas Widmer, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter, Simon Zimmermann

Entschuldigt: Markus Gruber, Matthias Häuptli, Patrick Lautenschlager, Maya Meisel, Beatrice Stierli

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 32 Anwesende = 22
18.15 Uhr 33 Anwesende = 22
18.20 Uhr 34 Anwesende = 23
18.30 Uhr 35 Anwesende = 24
21.15 Uhr 33 Anwesende = 22

1. Bericht des Gemeinderates vom 13.09.2017 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 09.11.2017, zur **Aufgaben- und Finanzplanung der Einwohnergemeinde und der Spezialfinanzierungen über die Jahre 2018 - 2022**
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt Geschäft 4331 / A

2. Bericht des Gemeinderates vom 13.09.2017 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 09.11.2017, zum **Budget 2018 der Einwohnergemeinde sowie Festsetzung des Steuerfusses für natürliche Personen und Steuersätze für juristische Personen für das Jahr 2018** Geschäft 4332 / A

- 2.1.0 EINTRETENSDEBATTE

- 2.1.1 Stellungnahme des Gemeinderates vom 15.11.2017 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 20.11.2017, zu den Budgetanträgen pro 2018 Geschäft 4332B / C

- 2.1.2 Budgetantrag von Niklaus Morat, SP-Fraktion, betreffend Konto 3010; Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonal Geschäft 4332B.3

- 2.1.3 Budgetantrag von Niklaus Morat, SP-Fraktion, betreffend Konto 3010; Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonal Geschäft 4332B.4

- 2.1.4 Budgetantrag von Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, betreffend Konto 1110.3102; Drucksachen, Publikationen Geschäft 4332B.1

- 2.1.5 Budgetantrag von Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion, betreffend Konto 2110.3020; Löhne der Lehrkräfte Kindergärten sowie Konto 2120.3020; Löhne der Lehrkräfte Primarschule Geschäft 4332B.5

- 2.1.6 Budgetantrag von Niklaus Morat, SP-Fraktion, betreffend Konto 5720.3635; Beiträge an private Unternehmungen Geschäft 4332B.2

- 2.2 DETAILBERATUNG

- 2.2.1 Budget 2018

- 2.2.2 Festsetzung des Steuerfusses für natürliche Personen und Steuersätze für juristische Personen für das Jahr 2018

3. Bericht des Gemeinderates vom 25.10.2017, betreffend **Rückbau der gemeindeeigenen Gebäude der Schulanlage Bettenacker und Rückbau der Turn- und Konzerthalle Gartenstrasse**
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4352

4. Bericht des Gemeinderates vom 15.11.2017, betreffend **Umgestaltung Lindenplatz Studienauftrag**
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4359

5. Bericht des Gemeinderates vom 15.11.2017, zum Postulat der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, vom 18.05.2016, betreffend **Transparenz im Bildungsbereich zwecks Steuerung und Führung im Primarschulbereich (Primarschulklassen und Kindergärten)**
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 4294 / A

6. Interpellation von Etienne Winter, SP-Fraktion und Florian Spiegel, SVP-Fraktion, vom 26.04.2017, betreffend **„Unterstützungsbeiträge im Bereich Kultur, Jugend und Sport“**
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4335 / A

7. Postulat von Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, vom 05.09.2017, betreffend
Support für Gemeinschaftsbildung (in der Zivilgesellschaft)
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4348
8. Postulat von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, vom 17.10.2017, betreffend
Strategische Ziele 18/28 des Gemeinderates für den Bereich Altersbetreuung Allschwil
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Roman Klausner Geschäft 4358

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Jörg Bertsch / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 16 vom 5. Dezember 2017

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Simon Maurer

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

Simon Maurer, Präsident: Ich begrüsse alle Anwesenden zur Dezember-Sitzung. Zu den Mitteilungen: Als Allererstes möchte ich Andreas Lavicka herzlich begrüssen. Er ist schon seit der letzten Sitzung bei uns im Rat in der SP-Fraktion. Ich hatte diese Begrüssung letztes Mal leider versäumt. Herzlich willkommen, viel Vergnügen und viel Erfolg!
Wie Sie auf der Einladung gesehen haben, soll die Sitzung bis maximal 22 Uhr dauern. Mein Ziel wäre, dass wir die Traktanden bis und mit Nr. 4 behandeln können, weil das besonders wichtige Geschäfte sind. Sollten wir schon vor 21:00 Uhr bis dahin kommen, würde ich in der Traktandenliste fortfahren; anderenfalls würde ich dann die Sitzung beenden, damit wir mindestens noch die zweite

Halbzeit vom Match anschauen können. Dann möchte ich nochmals darauf hinweisen, dass die Sitzung vom kommenden Donnerstag, 7. Dezember, nicht stattfindet.

Mir liegen keine dringlichen Interpellationen vor, auch kein dringliches Postulat und keine dringliche Motion. Im Übrigen sind eingegangen: Geschäft 4365, Postulat «Beschaffungswesen in den Schulen der Gemeinde Allschwil» von der CVP-Fraktion. Möchte jemand von der CVP dazu das Wort ergreifen? – Das ist nicht der Fall. Im Weiteren liegt mir das Geschäft 4366 vor, Postulat «Natürliche Lüftung mit Schallschutz» von der EVP/Grünliberale/-Grünen-Fraktion. Möchte jemand etwas dazu sagen? – Das ist nicht der Fall. Heute ist noch eingegangen (noch ohne Geschäftsnummer) ein Postulat der SP-Fraktion «Risikomanagement in der Gemeindeverwaltung».

Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Ich stelle fest, dass diese rechtzeitig zugestellt wurde. Gibt es Änderungsanträge zur Traktandenliste?

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Ich möchte beantragen, dass man das Traktandum 5 ganz an das Ende der Liste setzt, in der Hoffnung, dass wir es erst nächstes Jahr beraten. Die Fireko möchte den Bericht des Gemeinderates zuerst analysieren, ehe er im Rat behandelt wird.

Simon Maurer, Präsident: Wäre es dann nicht gescheiter zu beantragen, dass das Traktandum auf die nächste Sitzung verschoben wird?

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Gerne!

://:

Dem Antrag, das Traktandum 5 – Bericht des Gemeinderates vom 15.11.2017 zum Postulat der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 18.5.2016, betreffend Transparenz im Bildungsbereich zwecks Steuerung und Führung im Primarschulbereich (Primarschulklassen und Kindergärten) – auf die Januar-Sitzung zu verschieben, wird einstimmig zugestimmt. Mit dieser Änderung ist die Traktandenliste stillschweigend genehmigt.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 1

Bericht des Gemeinderates vom 13.09.2017 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 09.11.2017, zur Aufgaben- und Finanzplanung der Einwohnergemeinde und der Spezialfinanzierungen über die Jahre 2018 - 2022
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt, Geschäft 4331 / A

Franz Vogt, Gemeinderat: Es freut mich, Ihnen den Finanzplan 2018 – 2022 und das Budget 2018 vorstellen zu dürfen. Fangen wir mit dem Finanzplan an. [Die Ausführungen von Gemeinderat Franz Vogt werden durch eine ppt- Präsentation unterlegt.] Die Präsentation ist wie folgt gegliedert: Im Rahmen der Einleitung werde ich zuerst die Ausgangslage und die dem Finanzplan zugrunde liegenden Annahmen erläutern. Danach werde ich die grössten bekannten Änderungen der Planperiode nennen und kurz erklären. Im Hauptteil komme ich dann auf die Entwicklung unserer Ergebnisse wie auch auf die Entwicklung der Investitionstätigkeit in der Planperiode zu sprechen. Ebenso werde ich kurz auf die Finanzpläne der Spezialfinanzierungen eingehen. Zu guter Letzt werde ich ein Fazit ziehen.

Unser Finanzplan funktioniert folgendermassen: Die Basis bildet das aktuelle Budget. Dazu kommen die bereits heute bekannten Veränderungen in den Planjahren, die ich in der nächsten Folie zeigen werde. Diese Zahlen werden mit den hier gezeigten jährlichen Wachstumsraten für die nächsten vier Jahre berechnet. Es handelt sich also um eine reine Fortschreibung des Budgets 2018. Bei den natürlichen wie auch bei den juristischen Personen sind keine Steuererhöhungen vorgesehen. Gegenüber dem Vorjahr ist mangels Angaben keine Unternehmenssteuerreform III – sie heisst ja neu «Steuervorlage 2017» – abgebildet. Passivzinsen haben wir aufgrund der unveränderten Tiefzinslage bei 1% belassen. Effektiv nimmt die Gemeinde aktuell Geld zu Negativ- oder Null-Zinsen auf. Es bestehen jedoch noch ältere langfristige Darlehen, die die Kapitalkosten aber stabil halten. Das jährliche Wachstum der Steuererträge ist mit 2% angenommen und somit leicht höher als im Finanzplan 2017 – 2021, dies vor allem wegen der allgemeinen Verbesserung der konjunkturellen Aussichten. Analog zum Vorjahr ist die Teuerung ab 2019 mit 1% berücksichtigt. Beim

Personalaufwand rechnen wir ab 2018 mit 1% Wachstum jährlich, auch das unverändert zum Vorjahr. Ebenso wird bei den Löhnen, analog zum Kanton, auf einen Teuerungsausgleich verzichtet.

Auf der jetzt gezeigten und den beiden nächsten Folien wird auf die grössten uns bisher bekannten Änderungen innerhalb der Planperiode eingegangen. Das sind die Werte, die wir zusätzlich zur letzten Folie im Modell manuell angepasst haben. Im Bereich der Kindergärten gehen wir in der Planung nicht von steigenden Kosten aus. Die grösseren Investitionen in die Kindergarteninfrastruktur sind vorerst abgeschlossen und die betroffenen Jahrgänge zeigen nur ein moderates Wachstum. Was wir natürlich nicht berücksichtigen können, sind die demografischen Entwicklungen aufgrund von Zu- und Wegzügen. Im Bereich der Primarschule verlagern sich jetzt die geburtenstarken Jahrgänge vom Kindergarten in die Primarschule. Mit dem neuen Schulhaus verfügen wir über genügend Infrastruktur. In den Bereichen Personal- und Sachaufwand rechnen wir mit einer Zunahme von 8 Klassen à je CHF 150'000. Somit rechnen wir mit Mehrkosten von CHF 1.2 Mio. bis ins Jahr 2022.

Im Bereich der stationären Alterspflege wird ab dem 1.1.2018 die Ergänzungsleistungs-Obergrenze eingeführt, was zu einem Mehraufwand von CHF 2.2 Mio. im Budget 2018 führt. Im Jahr 2018 ist für die Hotellerie und Betreuung eine Obergrenze von CHF 200 pro Tag festgelegt worden. Diese wird danach drei Jahre lang jährlich um CHF 10 sinken, bis sie CHF 170 erreicht. Dadurch entstehen der Gemeinde Allschwil zusätzlich jährlich wiederkehrende Mehrkosten von CHF 200'000 netto – höhere Zusatzbeiträge und tiefere Ergänzungsleistungen. Für eine detaillierte Beschreibung dieses Sachverhalts wird auf den Bericht zum Budget 2018 verwiesen.

Familienexterne Betreuung: Durch die Umsetzung des FeB-Reglements, bzw. der Subjektfinanzierung bei der Stiftung Tagesheime sind in den Planjahren 2019 und 2020 zusätzliche Einsparungen von CHF 50'000 und CHF 200'000 vorgesehen.

C-Massnahmen Spitex: Aktuell wird eine neue Leistungsvereinbarung mit der Spitex erarbeitet. Der Gemeinderat geht in diesem Zusammenhang von Einsparungen im Umfang von mindestens CHF 250'000 ab dem Jahr 2019 aus.

Wir kommen zum Hauptteil. Wir sehen hier, wie sich die Investitionen in der Planperiode verhalten werden. Auf die Investitionen im Budgetjahr 2018 werde ich nachher bei der Präsentation des Budgets eingehen. Daher beschränke ich mich jetzt auf die grössten Investitionen ab 2019.

Im Jahr 2019 werden es CHF 6.8 Mio. sein, davon CHF 2.3 Mio. für den Wegmattenpark, CHF 1.1 Mio. für den Kindergarten Metzgersmatten, CHF 850'000 für die Korrektur des Engehollenwegs, CHF 540'000 für die Erneuerung der Baslerstrasse. CHF 480'000 für den Fuss- und Radweg Wegmatten, CHF 425'000 für das Heimatmuseum.

Im Jahr 2020 sind CHF 7.3 Mio. geplant, davon CHF 1.5 Mio. für den Hegenheimermattweg, CHF 1.2 Mio. für den Lindenplatz, CHF 900'000 für den Kindergarten Metzgersmatten, CHF 800'000 für den Ersatz des Holzpavillons im Jugendfreizeithaus, CHF 550'000 für den Engehollenweg, CHF 500'000 für den Wegmattenpark.

2021: CHF 13.5 Mio., davon CHF 4.5 Mio. für den Hegenheimermattweg, CHF 2 Mio. für die Sanierung des Werkhofs, CHF 1.2 Mio. für den Lindenplatz und ebenfalls CHF 1.2 Mio. für allgemeine Strassensanierungen.

2022: CHF 12.9 Mio., davon CHF 5.5 Mio. für das Schulzentrum Neuallschwil, CHF 4.5 Mio. für den Hegenheimermattweg, CHF 1.8 Mio. für den Werkhof.

Die nächste Folie zeigt die Entwicklung unserer Ergebnisse ohne Aufwertungen und Gewinne aus der Veräusserung, bzw. der Vergabe im Baurecht von Grundstücken. Während der gesamten Planperiode fallen Verluste an. Das Bild ist aber beträchtlich besser als im Vorjahr. Die Verbesserung des Jahres 2018 zum Jahr 2019 ist auf die verzögerte Entlastung bei den Ergänzungsleistungen durch die Einführung der Ergänzungsleistungs-Obergrenze zurückzuführen. Da der Kanton die EL jeweils vorschiesst, verzögert sich die Entlastung um ein Jahr. Ab dem Jahr 2020 sind zusätzliche Erträge zu erwarten aus der Vergabe im Baurecht des Wegmattenareals und des Bettenackerareals. Die Ergebnisse bleiben jedoch negativ. Wir haben ein strukturelles Defizit. Wären die zu erwartenden Effekte aus der Steuervorlage 2017 abgebildet, so wären die Defizite höher.

Kommen wir wieder zu den Investitionen. Wie viel von diesen Investitionen können wir selbst finanzieren? Eine gute Kennzahl, um diese Frage zu beantworten, ist der Selbstfinanzierungsgrad. Er zeigt auf, inwieweit Investitionen aus selbst erarbeiteten Mitteln bezahlt werden können. Ein Selbstfinanzierungsgrad von 100% entspricht einer vollständigen Finanzierung der Nettoinvestitionen durch eigene Mittel. Wie man aus der Grafik unschwer erkennen kann, ist der Selbstfinanzierungsgrad in allen Jahren unter 100%, ausser in 2019. In diesem Jahr sind buchhalterische der Verkauf des Sturzenegger-Areals für CHF 8.7 Mio. und der Verkauf der Liegenschaft Schulhaus Gartenstrasse für CHF 2.3 Mio. vorgesehen. Die tiefe Selbstfinanzierung hat zur Folge, dass die Nettoverschuldung jeweils zunimmt.

Um die Entwicklung unserer Nettoschulden genauer zu analysieren, gehen wir auf die nächste Folie. Wie Sie hier sehen können, nimmt unsere Verschuldung im Jahr 2019 aufgrund der hohen Selbstfinanzierung ab und dann aufgrund der grossen Investitionstätigkeit wieder zu. Eine Verschuldung von CHF 71 Mio. entspricht einer Verschuldung von knapp CHF 3'400 pro Einwohner. Können wir uns so viele Schulden überhaupt leisten? Eine gute Kennzahl in diesem Zusammenhang ist der Kapitaldienstanteil. Hier sieht man die Entwicklung des Kapitaldienstanteils. Er gibt Auskunft darüber, wie stark der laufende Ertrag durch Kapitalkosten, sprich Abschreibungen und Fremdkapitalzinsaufwand, belastet wird. Es gilt: Unter 5% = geringe Belastung; 5 bis 15% = tragbare Belastung; über 15% = hohe Belastung. Wir befinden uns auch nach den Investitionen mit etwas über 6% noch im tragbaren Bereich. Bei einer starken Veränderung der Zinslage könnte das aber anders aussehen. Um das Zinsrisiko zu minimieren, finanzieren wir uns langfristig gestaffelt.

Kommen wir zu den Spezialfinanzierungen. Um die Spezialfinanzierungen beurteilen zu können, ist folgende Übersicht am geeignetsten. Der gelbe Balken zeigt das Eigenkapital, also das Vermögen der Spezialfinanzierung. Der blaue Balken zeigt das Verwaltungsvermögen, also den Wert der Aktiven der Spezialfinanzierung. Der grüne Balken zeigt das Nettovermögen, also den Überschuss der Spezialfinanzierung, bzw. die Differenz zwischen Eigenkapital und Verwaltungsvermögen. Wie Sie sehen können, wird der gelbe Balken nie kleiner als der blaue. Somit ist die Spezialfinanzierung Wasser während der ganzen Periode selbstfinanziert, das heisst, die laufenden Erträge und Investitionsbeiträge können die laufenden Kosten decken und die Investitionen finanzieren. Somit ist dies eine gesunde Spezialfinanzierung; sie ist sogar leicht überfinanziert. Um das zu korrigieren, schlagen wir im Budget 2018 eine Gebührensenkung von CHF 0.10 vor. Das, nachdem bereits im Jahr 2016 die Wassergebühren gesenkt worden sind.

Zum Abwasser: Hier sieht die Situation anders aus. Die Spezialfinanzierung ist aktuell stark überfinanziert. Das heisst, sie verfügt über viel mehr Kapital, als sie effektiv benötigt. Einerseits werden in der Planperiode absichtlich Verluste generiert, um das Eigenkapital abzubauen. Dabei hilft auch die im Jahr 2016 vorgenommene Gebührensenkung. Andererseits erfolgen gegen Ende der Planperiode massive Investitionen, die viel Eigenkapital benötigen. Man darf sich nicht von der grossen Nettoschuld am Ende der Planperiode erschrecken lassen. Wichtig ist, laufend die Entwicklung zu beobachten und rechtzeitig Massnahmen zu treffen. Aktuell gilt abwarten.

Zur Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung: Wie sie sich sicherlich erinnern können, hatte die Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung im Jahr 2015 eine Rückerstattung im Umfang von CHF 2 Mio. von den IWB bekommen. Das begründet die massive Kapitalisierung. Ab 2016 wurde einerseits die Kunststoffabfuhr eingeführt und es wurden auch die Gebühren gesenkt. Durch das jährliche Defizit soll die Überkapitalisierung Schritt für Schritt abgebaut werden. Eine weitere Gebührenreduktion ist aktuell nicht angedacht. Wir sind jetzt schon mit CHF 1.70 pro 35-Liter-Sack im Kantonsvergleich mit Abstand bei den günstigsten Gemeinden.

Fazit: Der Finanzplan 2018 – 2022 hat sich gegenüber dem Vorjahr verbessert, zeigt jedoch unverändert ein strukturelles Defizit. Die Verbesserung gegenüber dem Vorjahr hat verschiedene Gründe. Die Steuerprognosen haben sich verbessert. Die Unternehmenssteuerreform III, bzw. die Steuervorlage 17, ist mangels Angaben nicht abgebildet. Der Finanzausgleich wurde zu unseren Gunsten angepasst. Jedoch sind unsere finanziellen Aussichten unverändert angespannt. Durch die hohe Investitionstätigkeit wie auch die tiefe Selbstfinanzierung nimmt die Verschuldung in der Planperiode zu. Bei den Kostentreibern Bildung, Alter und soziale Sicherheit ist keine Besserung in Aussicht. Die Steuervorlage 17 wird kommen. Dass vom Kanton weitere Kosten auf die Gemeinden abgewälzt werden, kann nicht ausgeschlossen werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Mark Aellen, Präsident der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission: Ich danke für die Ausführungen mit den detaillierten Zahlen, die wir präsentiert bekommen haben. Das macht mir meine Aufgabe wesentlich einfacher. Wir möchten als Erstes dafür danken und anerkennend erwähnen, dass die Verwaltung hier sehr gute Arbeit geleistet hat und dass die Finanzabteilung ihr Budget und ihre Planung offensichtlich in der Hand hat. Wir haben darum relativ wenige Anmerkungen hinzuzufügen.

Wir sind ein bisschen verwirrt darüber, dass wir als Gemeinde ein Leitbild haben, welches aussagt, dass wir bis ins Jahr 2030 auf 23'000 Einwohner anwachsen möchten, dass dies in unserer Planung aber eigentlich nicht abgebildet wird. Wenn man die 23'000 erreichen wollte, müsste man bei linearem Wachstum etwa 160 Personen pro Jahr hinzunehmen. Die Planungsannahme hier liegt jedoch bei knapp 80 Personen.

Allgemein haben wir ja gehört, es wurden positive Annahmen getroffen für die Planperiode. Es wird erwähnt, dass ein Ausrutscher passieren könnte; der Zins könnte steigen. Nicht erwähnt ist, dass auch geplante Einnahmen ausfallen könnten, weil man zum Beispiel Land nicht verpachten oder nicht verkaufen kann. All diese Sachen würden sich schlagartig auswirken, sodass wir der Meinung sind, man müsste dies etwas längerfristig anschauen. Wir haben deshalb angeregt, den Planungshorizont auf zehn Jahre zu erweitern, statt nur vier Jahre zu betrachten.

Lobend erwähnen möchten wir, dass die Reorganisation der STTA bis Ende 2018 abgeschlossen sein soll, sodass diese leidige Geschichte innerhalb der Planungsperiode nicht mehr gesondert angeschaut werden muss. Somit ist auch die Umsetzung der Reglemente finanziell erreicht.

Womit wir ein bisschen Schwierigkeiten haben, ist die Frage des Stellenplans, die man in den Griff bekommen müsste. Er wurde der Personal- und Besoldungsbehörde zuletzt im Jahr 2015 vorgelegt. Die seitherige Praxis ist offensichtlich nicht reglementsconform.

Als Letztes möchten wir anmerken: Es ist darauf zu achten, dass wir Alternativpläne haben für den Fall, dass Einnahmen ausfallen. Man darf dies nicht erst dann in Angriff nehmen, wenn es bereits zu spät ist. Wir erinnern daran, dass wir, als die Vorlage für die Finanzierung des neuen Schulhauses beraten wurde, davon ausgingen, dass Grundstücke verkauft werden müssen. Nun verkaufen wir einige dieser Grundstücke nicht, sondern vergeben sie im Baurecht. Dies hat zur Folge, dass wir die Gelder nicht sofort einnehmen, sondern gestaffelt über sehr viele Jahre hinweg. Das heisst, wir werden unsere Schulden nicht so schnell los, wie wir das geplant hatten. Dies blockiert wiederum Geld für andere Vorhaben. Wenn es noch ein paar solcher Zwischenfälle gibt, für die wir keine adäquate Antwort parat haben, binden wir durch die entstehende Zeitverzögerung immer noch mehr Geld in unseren Schulden. Das ist bei dem hohen Investitionsvolumen, das wir haben, nicht unbedingt hilfreich.

Allgemeine Beratung

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Unsere Fraktion verdankt die grosse Arbeit, die die Mitarbeitenden der Gemeinde für die Erstellung des Finanzplans geleistet haben. Wir stellen fest, dass wir uns trotz der glücklichen Fügungen, durch die die Rechnungen in den zurückliegenden Jahren besser ausgefallen sind, nicht zurücklehnen dürfen. Wir müssen weiterhin die Reglemente und die mit Kosten verbundenen Prozesse und Abläufe im Auge behalten und optimieren – zum Beispiel Spitex, Stiftung Tagesheime sowie alle Themen, die mit der Altersbetreuung zu tun haben. Wir werden in Zukunft darauf achten müssen, was wir für neue Investitionen ausgeben und welche neuen Aufgaben wir uns vornehmen wollen gemäss der Auflistung, die uns Franz Vogt vorhin präsentiert hat.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Unsere Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Arbeit, die in diesem Finanzplan steckt. Wir werden diesen Finanzplan zur Kenntnis nehmen, wie es der Gemeinderat und die Fireko empfehlen. Trotzdem noch eine Anmerkung: Ein Zehnjahresplan, wie ihn Mark Aellen angesprochen hat, wäre sicher hilfreicher, vorausgesetzt, dass er wirklich mit einem Risikoplan gekoppelt wird.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Wenn man das Budget aufmerksam liest oder auch nur grob darüber blickt, sieht man, dass die Kostentreiber in unserer Gemeinde die Bereiche Bildung, Soziales und Gesundheit sind. Fast keine Differenzen werfen Bereiche wie öffentliche Ordnung und Sicherheit, Kultur, Sport, Freizeit, Kirchen, Verkehr, Umweltschutz Volkswirtschaft, Finanzen und Steuern auf. In der jetzigen Situation, in welcher man darauf schaut, nicht zu viel auszugeben, bedeutet das, dass genau in den Bereichen, die keine grossen Veränderungen aufweisen und bei denen Handlungsspielraum bestehen würde, sich fast nichts tut, während die anderen Bereiche sehr stark und rasant anwachsen. In diesen Bereichen sind die meisten Aufwände gekoppelt an irgendwelche Vorschriften des Kantons oder des Bundes, sodass wir darauf keinen oder nur sehr geringen Einfluss haben. Gleichzeitig können wir aber diese Positionen nur mit einem Mittel in den Griff bekommen, nämlich indem wir, gemäss Leitbild, auf ein eher langsames und gebremstes Wachstum der Bevölkerung hinarbeiten, um gleichzeitig verfolgen zu können, wie sich die Kosten entwickeln. Aktuell tun wir das überhaupt nicht. Und da muss man sich dann schon fragen, wieso man überhaupt ein Ziel vorgibt und gemeinsam in allen Gremien beschliesst, wenn es anschliessend in den entsprechenden Vorlagen nicht umgesetzt wird. Was auch sehr bedenklich ist, und das würde mich dann noch etwas genauer wundern: Beim Personalaufwand wird von einer Zunahme auf CHF 1.3 Mio. geredet. Davon werden CHF 640'000 ein bisschen erklärt, die anderen CHF 690'000 werden nicht gross erklärt. Und bei den CHF 640'000 werden, wenn ich das richtig sehe, einmal CHF 150'000 und einmal CHF 170'000 erklärt, aber am Schluss bleiben fast zweimal eine halbe Million, die nicht im Detail erklärt werden. Wenn man dann gleichzeitig hört, dass ein Stellenplan seit mehreren Jahren nicht vorgelegt wird, dies bei einer Gemeinde unserer Grösse, dann finde ich das mehr als bedenklich und

frage mich wirklich, an welchen Stellen hier die Zusammenarbeit, bzw. die Kontrolle schlicht nicht funktioniert.

Gleichzeitig schiebt man den Abbau der Schulden vor sich her, indem man sich genau nicht an die Dinge hält, die gemeinsam besprochen und abgemacht waren. Man beschliesst Sachen für die Zukunft und wirft sie zwei Jahre später über den Haufen oder hält sich schlicht nicht daran. Um für die Zukunft eine vernünftige Finanzplanung betreiben zu können, finde ich die Instrumente und Begebenheiten, die wir hier antreffen, sehr fragwürdig. Der Einwohnerrat als Gesamtgremium muss sich in Zukunft überlegen, was er tun will, wenn Dinge, die er beschliesst, nicht umgesetzt werden. Will er dem einfach zuschauen und das ganze Spiel weiterhin mitspielen, oder will er einen Riegel schieben?

Die SVP-Fraktion wird dem Budget und dem Finanzplan insgesamt zustimmen, aber mit diesen Überlegungen im Hinterkopf.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Auch wir schliessen uns dem Dank an die Verwaltung und an den Gemeinderat sehr gerne an. Ich habe auch die Präsentation geschätzt; ich fand sie substantiell, klar und prägnant. Etwas verwundert – das möchte ich jetzt doch mit zwei Sätzen sagen – waren wir über den Bericht der Fireko. Wir verstehen die Fireko eigentlich als ein Kontrollorgan, das kontrolliert, bis alles klar ist. Daher sind wir über Formulierungen gestolpert wie «weitgehend zureichende Antworten» oder «leicht verwirrende Antworten». Wir waren dann froh, dass der Gemeinderat letzte Woche von sich aus die Antworten nachlieferte. Einen Punkt möchte ich noch aus einer anderen Sicht erwähnen als Florian Spiegel: Mir fehlt in dieser Planung der unternehmerische Spielraum. Es ist immer alles ganz eng ausgebucht und ausgelastet und es gibt eigentlich keine Bewegungsmöglichkeiten. Das könnte auch der Grund dafür sein, dass man sich beschlossene oder beabsichtigte Dinge tatsächlich nicht leisten kann. Zum Budget habe ich nachher noch spezielle Fragen.

Detailberatung

Simon Maurer, Präsident: Wir kommen zur Detail- bzw. abschnittsweise Beratung.

Christoph Ruckstuhl, 2. Vizepräsident, ruft die Kapitel auf.

1 Rechtsgrundlagen, Methodik und getroffenen Annahmen, S. 3

Keine Wortmeldung

Aufgaben- und Finanzplanung 2018 – 2022, S. 5

Keine Wortmeldung

2 Einwohnergemeinde, S. 5

Keine Wortmeldung

2.2 Spezialfinanzierung Wasserversorgung, S. 7

Keine Wortmeldung

2.4 Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung, S. 8

Keine Wortmeldung

2.5 Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung, S. 9

Keine Wortmeldung

3 Planungsunsicherheiten, S. 10

Keine Wortmeldung

4 Antrag, S. 10

Keine Wortmeldung

Simon Maurer, Präsident: Somit sind die Beratungen über das Geschäft 4331 abgeschlossen. Ich frage Franz Vogt und Mark Aellen an, ob sie noch ein Schlusswort sprechen möchten.

Franz Vogt, Gemeinderat: Zu den von Florian Spiegel aufgeworfenen Fragen werde ich bei der Beratung des Budgets Stellung nehmen.

Abstimmung

Antrag des Gemeinderats:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt der Gemeinderat wie folgt zu beschliessen:
Vom Aufgaben- und Finanzplan der Einwohnergemeinde sowie von den Aufgaben- und Finanzplänen der Spezialfinanzierungen Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Abfallbeseitigung 2018 – 2022 wird Kenntnis genommen (Geschäft 4331).

//:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Schlussabstimmung

//:

Das Geschäft 4331 wird einstimmig als Ganzes abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Bericht des Gemeinderates vom 13.09.2017 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 09.11.2017, zum Budget 2018 der Einwohnergemeinde sowie Festsetzung des Steuerfusses für natürliche Personen und Steuersätze für juristische Personen für das Jahr 2018, Geschäft 4332 / A

Traktandum 2.1.0
Eintretensdebatte

Simon Maurer, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten wird. – Das ist nicht der Fall.

//:

Das Eintreten ist stillschweigend beschlossen.

Franz Vogt, Gemeinderat: [Die Ausführungen von Gemeinderat Vogt werden durch eine ppt-Präsentation unterlegt.] Ich möchte Ihnen das Budget 2018 vorstellen. Die Präsentation ist wie folgt gegliedert: Zuerst werde ich auf das Budget 2018 eingehen. Um die Kostenentwicklungen zu veranschaulichen, werde ich einen kleinen Rückblick vornehmen. Danach werde ich ganz kurz etwas zu den Spezialfinanzierungen sagen und zu guter Letzt werde ich ein Fazit ziehen.

Budget 2018 der Einwohnergemeinde: Blickt man ein wenig zurück in die bereits abgeschlossenen Rechnungsjahre 2010 – 2016, so ergibt sich folgendes Bild. Innert sechs Jahren haben die Kosten wie folgt zugenommen: Öffentliche Ordnung und Sicherheit + CHF 1 Mio. Das ist hauptsächlich auf die Einführung der KESB zurückzuführen. Bildung + CHF 7 Mio.; Gesundheit + CHF 4.4 Mio.; Soziale

Sicherheit + CHF 7.1 Mio. Alles in allem sind das Mehrkosten von CHF 20.5 Mio. Die Steuereinnahmen plus die Ausgleichszahlung für die Aufgabenverschiebung aus dem Finanzausgleich nahmen lediglich um CHF 15 Mio. zu. Somit haben wir uns in fünf Jahren um netto über CHF 5.5 Mio. strukturell verschlechtert. Welche sind die Haupttreiber für dieses starke Kostenwachstum?

In der Funktion Bildung hatten wir eine Nettozunahme von CHF 7 Mio. oder + 49%. Diese Zunahme steht in direktem Zusammenhang mit dem Wachstum der Schülerzahlen. Wo wir im Jahr 2010 noch 989 Schüler hatten, hatten wir 2016 bereits 1227. Das entspricht einer Zunahme von 238 Kindern oder 24%. Wohl bemerkt reden wir immer von unverändert fünf Primarschuljahren. Mit HarmoS oder der Übernahme des sechsten Schuljahres beträgt die Zunahme 44%.

In der Funktion Gesundheit hatten wir innert sechs Jahren eine Zunahme von CHF 4.5 Mio. oder sage und schreibe 195% zu verzeichnen. Diese ist hauptsächlich auf die neue Pflegefinanzierung ab 2011 zurückzuführen.

Im Bereich Soziale Sicherheit sind diverse Sachverhalte für das Wachstum verantwortlich. Grösster Kostentreiber ist hier die Sozialhilfe. Wir haben im Jahr 2016 über CHF 3.7 Mio. mehr gezahlt als noch 2010. Wir haben eine Zunahme der Bezüger von 35%. Zusätzlich sind aufgrund der Verkürzung der Leistungen der Arbeitslosenversicherungen und des härteren Vorgehens der IV massiv längere Unterstützungszeiten zu verzeichnen. Bei den Ergänzungsleistungen belaufen sich die Kostensteigerungen seit 2010 auf CHF 1.4 Mio. Das ist zum grössten Teil auf die immer älter werdende Bevölkerung zurückzuführen. Das Altersheim ist nicht günstig, und die Einkommen aus Renten reichen oft nicht, um die Kosten zu decken. Ebenso haben die Kosten für die familienergänzende Betreuung seit 2010 um knapp CHF 1 Mio. zugenommen.

Wie Sie sicherlich bemerkt haben, ist die Verschlechterung unserer finanziellen Situation zu einem wesentlichen Teil auf die demografischen Veränderungen zurückzuführen. Hierzu sieht man auf der nächsten Folie eine Grafik. Sie zeigt die Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung seit 1980 bis 2016. Das Jahr 2016 entspricht der roten Linie. Sie werden feststellen, dass Allschwil im Jahr 2016 so viele Kinder im Alter bis etwa sechs Jahre hat wie nie seit 1980. Diese Kinder haben die grösste Teil ihrer Schulpflicht noch vor sich und somit ist noch mit einem weiteren massiven Anstieg der Bildungskosten in den kommenden Jahren zu rechnen. Auf der anderen Seite der Grafik, bei den Personen ab dem 65. Altersjahr, verzeichnen wir ebenfalls einen Höchststand. Dieser zieht sich weiter bis zu den Personen über 80 Jahre. Somit zeichnet sich auch für die nächsten Jahre im Altersbereich ein Wachstumstrend ab.

Was heisst das für das Budget 2018? Die grössten Veränderungen seit der Rechnung 2016 bis zum Budget 2018 fanden in folgenden Bereichen statt: Bildung + 3.7 Mio., Gesundheit + 0.9 Mio., Soziale Sicherheit + 2.1 Mio., sowie bei den Finanzen und Steuern, hier aber glücklicherweise in die positive Richtung eine Zunahme von 5.6 Mio.

Was sind die Haupttreiber für das starke Kostenwachstum? Seit 2016 haben wir CHF 3.7 Mio. mehr Nettokosten im Bereich Bildung: Kindergarten + 0.3 Mio., Primarschule + 1.4 Mio., Schulliegenschaften + 1.8 Mio., davon Abschreibungen 1.35 Mio. netto. Seit 2016 haben wir ca. CHF 0.9 Mio. Mehrausgaben im Bereich Gesundheit. Das ist hauptsächlich zurückzuführen auf die stationäre Pflege, die Erhöhung der Normkosten und mehr Heimbewohner. Wie Sie vielleicht mitbekommen haben, hat jedoch der Regierungsrat letzte Woche beschlossen, vorerst auf die Erhöhung der Pflegenormkosten zu verzichten, was für die Rechnung 2018 eine spürbare Entlastung bedeuten wird. Seit 2016 haben wir ca. CHF 2.1 Mio. Mehrausgaben im Bereich Soziale Sicherheit. Einerseits ist eine Zunahme der Sozialhilfe zu verzeichnen. Aktuell sind es 764 unterstützte Personen, was ein Plus von CHF 0.9 Mio. bedeutet. Andererseits gibt es neue Zusatzbeiträge im Bereich Alter im Umfang von CHF 1.6 Mio. Zur Erinnerung: Der Kanton Basel-Landschaft führt ab dem 1.1.2018 eine Obergrenze für die Ergänzungsleistungen ein. Den Betrag, der die Obergrenze überschreitet, muss die letzte Wohnsitzgemeinde zahlen; er heisst Zusatzbeitrag. Die Entlastung von den EL erfolgt erst ein Jahr verzögert im 2019.

Das Ergebnis im Bereich Finanzen und Steuern fällt um CHF 5.6 Mio. besser aus. Einerseits sind mehr Steuererträge von CHF 2.1 Mio. berücksichtigt, andererseits fällt der Finanz- und Lastenausgleich um CHF 0.7 Mio. besser aus, dies hauptsächlich aufgrund der Erhöhung des Ausgleichsniveaus. Zusätzlich sind im 2016 noch diverse Sonderfälle verbucht: Rückerstattung

Pensionskassen CHF 7.5 Mio., zusätzliche freiwillige Abschreibungen des Pensionskassen-Bilanzfehlbetrags von CHF 4.2 Mio., Vorjahressteuererträge von CHF 9.1 Mio.

Insgesamt weist unser Budget für das Jahr 2018 ein Defizit von CHF 2.3 Mio. aus. Das ist um CHF 960'000 schlechter als im Vorjahr.

Im Bereich der Investitionsrechnung fallen Investitionen im Umfang von 6.8 Mio. an, das sind 1.5 Mio. mehr als im Vorjahr. Wenn man die Verteilung der Investitionen auf die einzelnen Funktionen anschaut, ergibt sich folgendes Bild: Die grössten Investitionen fallen in den Bereichen Bildung und Verkehr an. Im Bereich Bildung sind die Rückbauarbeiten beim Schulhaus Bettenacker und der TuK Gartenstrasse die grössten Positionen von insgesamt CHF 3 Mio. Beim Verkehr sind es diverse Positionen wie die ordentlichen Strassenbauten und -Sanierungen, die öffentliche Beleuchtung und der Fuss- und Veloweg in Richtung Parc de Carrières. Daraus ergeben sich Investitionen von CHF 2.3 Mio.

Kommen wir zu den Spezialfinanzierungen. Die Spezialfinanzierung Wasserversorgung ist aktuell überfinanziert. Trotz der Gebührensenkung im Jahr 2016 von CHF 1.50 auf CHF 1.40 pro Kubikmeter Wasser kann das überschüssige Eigenkapital nicht abgebaut werden. Der Gemeinderat hat deshalb beschlossen, ab dem 1.1.2018 die mengenabhängige Gebühr um weitere CHF 0.10 zu reduzieren. Trotz der Gebührenreduktion fällt ein hoher Gewinn von CHF 851'000 an. Dieser ist jedoch notwendig, um die hohen Investitionen in der Planperiode zu finanzieren. Bei den Spezialfinanzierungen Abwasser- und Abfallbeseitigung sind keine Gebührensenkungen vorgesehen. Die hohen Verluste bei der Abfallbeseitigung sind nötig, um die hohe Rückerstattung von den IWB aus dem Jahr 2015 abzubauen.

Fazit: Das Kostenwachstum ist aktuell grösstenteils demografisch begründet. Das wird auch in den nächsten Jahren so bleiben. Das Kostenwachstum konnte teilweise mit besseren Steuererträgen aufgefangen werden. Es wäre jedoch illusorisch, davon auszugehen, dass das auf alle Zeit so weitergeht. Sondereffekte wie die unerwartete Erhöhung des Ausgleichsniveaus, die uns einen tieferen Finanzausgleich beschert hat, sind nicht jedes Jahr zu erwarten. Der finanzpolitische Spielraum der Gemeinde Allschwil nimmt weiter ab. Das insbesondere, weil die Grundleistungen Bildung und Versorgung im Alter die Finanzierung von ungebundenen Ausgaben einschränken. Alles in allem ist dies eine Entwicklung, die dem Gemeinderat Sorgen bereitet. Die Notwendigkeit, Prozesse und Strukturen zu überdenken, wird auch in den Folgejahren ein Dauerauftrag bleiben. Das verlangt auch in den kommenden Jahren Anstrengungen von uns allen, vom Gemeinderat, der Verwaltung und auch vom Einwohnerrat. Packen wir es an!

Mark Aellen, Präsident der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission: Ich möchte an dieser Stelle auch wieder darauf hinweisen, dass die Fireko effektiv eine Prüfschuld hat, sie muss das Budget auf Richtigkeit prüfen. Diese Prüfung hat stattgefunden, und wir haben keine Auffälligkeiten gefunden. Alle gemachten Angaben und Schlussfolgerungen sind äusserst plausibel und lassen sich nachvollziehen. Ich verzichte auf die Wiederholung der Daten, die uns gerade präsentiert wurden, und komme direkt zur Beurteilung. Wie erwähnt wurde, ist der Hauptkostentreiber das Wachstum. Unser erklärtes Ziel, Allschwil auf 23'000 Einwohner zu bringen, wird uns vor dramatische Schwierigkeiten stellen. Dazu nur eine Überlegung: Wenn die Einwohnerstruktur, wie sie vorhin gezeigt wurde, so bleibt, wie sie ist, sind wir im Jahr 2030 knapp unter dem Fassungsvermögen des derzeitigen Schulhauses Gartenhof angelangt. Da wir aber andere Schulhäuser gleichzeitig noch sanieren, fragt sich, ob wir dann wirklich Platz für alle unsere Schüler haben, wenn wir nicht vorher noch mehr investieren. Noch mehr investieren heisst, dass wir noch mehr Gelder frei machen müssen. Das scheint das einzige Ziel zu sein, das wir nicht ganz in den Griff bekommen. Wir sind von Zufälligkeiten abhängig. Die letzten Jahre wurden wir verwöhnt. Wir erhielten Zustupfe an Steuern, die wir nicht erwartet hatten, Kostensenkungen, die noch nicht eingereicht wurden. Es ist also eng, und wir haben noch viele Hürden vor uns. Deshalb müssen wir uns auch innovativ zeigen bei der Art, wie wir damit umgehen wollen. Was vorhin nicht deutlich erwähnt wurde, ist die Zunahme der Steuerkraft. Diese ist sehr wohl bemerkenswert. Wir haben es also wirklich fertiggebracht, das Steuersubstrat gut zu entwickeln. Aber wir sind noch besser in der Kostenentwicklung. Es ist also auch dieses Mal deutlich, dass wir diese mit den Steuern nicht auffangen können. Ob dies nun dazu führen sollte, dass man effektiv eine Steuererhöhung andenken sollte wieder nicht, diese Frage wird sich dieses Jahr noch nicht stellen. Aber in den nächsten Jahren ist es sicher eine Option, die man irgendwann ins Auge fassen muss. Ob man mit besseren Analysen der demografischen Entwicklung wirklich besser planen kann, wie es angeregt wurde, steht für mich ausser Zweifel. Aber ich möchte klarstellen, dass bei all diesen Empfehlungen, die wir als Fireko machen, auch klar ist, dass jede Planung Unsicherheiten hat. Es

geht nicht darum zu verlangen, dass eine Planung punktgenau sein soll. Es geht darum, dass man weiss, was man plant, dass man es konsistent plant und dass man sich auch Gedanken darüber macht, was passiert, wenn sich gewisse Bedingungen ändern. Wir wissen, dass wir sehr viele Risiken haben. Deshalb müssen wir uns auch darauf konzentrieren, welche Risiken in erster Linie berücksichtigt werden sollen und welche in zweiter Linie. Das Ganze wird aber nur funktionieren, wenn alle bei diesen Schlussfolgerungen wirklich mitziehen. Sobald wir in verschiedene Richtungen ziehen, wird das Ganze auseinanderfallen, und somit auch die Budgets, die ja auch Planungsgrundlagen sind.

Auf diesen Ausführungen basierend – wie gesagt, es ist eine sehr gute Arbeit, alles ist plausibel, alles entspricht den Anforderungen, die vom Einwohnerrat gestellt worden sind – können wir wirklich nur die Genehmigung dieses Budgets beantragen.

Simon Maurer, Präsident: Vielen Dank. Ich erkläre kurz, wie es jetzt weitergeht. Wir kommen als nächstes zur allgemeinen Beratung über das Budget als Ganzes, anschliessend kommen wir zur Beratung der Budgetanträge und zum Schluss noch zur Detailberatung des Budgets, und ganz am Ende natürlich noch zu den Abstimmungen.

Allgemeine Beratung

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: An den beiden Berichten der Fireko ist eines auffällig: wie viele Leute anwesend waren. Ich möchte einfach wieder darauf hinweisen, man wird in Kommissionen gewählt, und man soll das bitte auch ernst nehmen, und wenn man selbst nicht hingehen kann, soll man seine Vertretung schicken. Von mir aus gesehen ist das Budget ein Hauptgeschäft der Fireko, und somit ist es ein Muss, an so einer Sitzung anwesend zu sein, und nicht nur ein knapper Drittel.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich möchte zu drei bis vier Punkten speziell Stellung nehmen. Erstens finde ich es gut, dass der Gemeinderat mit der Einschätzung, dass der Spielraum fehlt, übereinstimmt. Zweitens, um es etwas salopp auszudrücken, haben wir viel Glück. Ich weiss, dass man noch mehr Glück haben könnte. Es gibt eine Nachbargemeinde, die ihr Budget mit 10 Millionen sanieren konnte von jemandem, der speziell am Verkauf der Actelion verdient hat. Aber ich möchte das Glück eigentlich nicht überstrapazieren. Der Punkt demografische Entwicklung hat für mich zwei Aspekte, die ich herausstreichen möchte. Als Erstes möchte ich darauf hinweisen, dass Wachstum nicht nur gut ist. Wir merken sukzessive, dass wir mit dem Wachstum ein Ross reiten, das allmählich tot ist, um es extrem zu formulieren. Als Zweites möchte ich an das Votum von Andreas Bärtsch erinnern, der in der letzten Sitzung sagte: «Das haben wir in der Hand.» Das hat mir sehr Eindruck gemacht, denn es stimmt, zumindest ein Stückweit. Mein Eindruck davon, wie wir beim Thema Bevölkerungszuwachs mit unterschiedlichen Zahlen unklar operieren, ist nicht der beste.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Ich möchte schnell eine Antwort auf das Votum von Simon Zimmermann geben. Es ist zwar richtig, dass an zwei wichtigen Sitzungen einige Leute gefehlt haben, unter anderen ich. Ich möchte mich dafür entschuldigen, aber auch anfügen, dass wir uns per E-Mail ausgetauscht haben, was natürlich in dem Bericht nicht abgebildet wird. Aber du hast vollkommen recht, wir haben auch Ersatzmitglieder, die wir aufbieten könnten. Bei mir persönlich ist es mit geschäftlichen Terminen sehr ungünstig gelaufen diesen Herbst. Es tut mir leid, ich gelobe Besserung

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Nur kurz zu diesem Thema: Am Ende des Berichts ist erkennbar, dass ein Zirkularbeschluss zustande kam. – Wachstum, wie Ueli Keller ausführte und auch ich vorhin schon sagte, generiert eben nicht nur immer Ertrag. Manchmal habe ich aber das Gefühl, dies sei noch ein vorherrschendes Denken. Aber stetiges Wachstum = stetiger Ertrag stimmt eben nicht. Stetiges Wachstum bedeutet auch stetige Kosten. Man sieht ja, was die angestrebte Obergrenze bedeutet. Das bedeutet auch mehr Personal, und laut Finanzplan sollen wir per 2022 bei CHF 40 Mio. liegen. Mehr Kinder brauchen mehr Lehrer und mehr Schulhäuser. Und mehr Infrastruktur heisst auch mehr Abschreibungen, die ebenfalls aufs Budget schlagen. Dieses Thema wird immer wieder diskutiert, aber auf der anderen Seite kommt es vor, dass zum Beispiel bei einer Veranstaltung über das REK 80% der Anwesenden sagen, das Gewerbegebiet «Letten» ist super und das wollen wir als solches behalten – und dann kommt irgendein Bericht aus dem Gemeinderat oder aus einer Abteilung der Gemeindeverwaltung, in welchem steht: Wir machen daraus eine Misch-Wohnzone. Da muss ich mich dann echt fragen, ob jemand den Gong nicht gehört hat. Es gibt verschiedene derartige Mosaiksteine, die immer wieder mitspielen. Wie Andreas Bammatter einmal sagte, als er noch hier drin sass: Das Ganze ist ein Mechano, und wenn man an einem Rädchen dreht, drehen alle anderen mit. Das hat man einfach immer noch nicht verstanden. Hier müssen wir wirklich beharren und den

Finger drauflegen. Mit diesem Thema bin ich heute sicher nicht das letzte Mal gekommen, auch was Zonenpläne angeht, die genau in diese Richtung gehen.

Generell bezüglich des Budgets möchten wir uns aber bedanken bei der Fireko und bei der Verwaltung. Das ist sehr leserlich. Ich habe nachher bei der Detailberatung noch eine Frage; der Rest ist für uns soweit gut und wir können den Anträgen des Gemeinderats folgen.

Mark Aellen, Präsident der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission: Zum Wachstum möchte ich kurz anmerken: Es ist vermessen zu sagen, wir könnten wirklich kontrollieren, wie diese Stadt wächst. Man kann lediglich Zielvorstellungen entwickeln, in dem man sagt: Dies oder jenes ist etwas, das wahrscheinlich passieren wird. Der Einfluss, den wir wirklich haben, ist relativ gering. Aber man kann sich sicher darauf vorbereiten, was man zu tun hat, wenn diese Dinge eintreten. Einfach gegen das Wachstum zu reden, ist nicht ganz hilfreich. Es wird kommen, unzweifelhaft. Die Frage ist nur, wie hoch es sein wird.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ich möchte mich namens der SP-Fraktion ebenfalls bei der Verwaltung bedanken für die gute Arbeit. Wir sehen ja auch anhand der vorliegenden Anträge, dass es nicht viel zu rütteln und zu schütteln gibt. Trotzdem einige Anmerkungen. Es heisst ja jedes Jahr, Hauptkostentreiber seien Soziale Sicherheit, Alter und Bildung. Das betrifft zum einen genau die Diskussion über das Wachstum, die wir angestossen haben, allerdings können wir das Wachstum nur schwer beeinflussen. Auch viele Budgetposten können wir kaum beeinflussen. Es gibt aber bestimmte Dinge, wie zum Beispiel die Ergänzungsleistungs-Obergrenze, die uns aufgebürdet wurde; dafür können wir dem Kanton Dankeschön sagen und unseren Landräten, die hier Kosten vom Kanton auf die Gemeinden abwälzen. Hiergegen wenden wir uns sehr stark; so finanziert man keinen Kanton. Wir haben aber auch externe Kosten wie Pflegenormkosten, die wir selber nicht beeinflussen können. Trotzdem haben wir heute zwei Budgetanträge, mit denen wir zwei Themen aufgreifen, zum einen die Sozialhilfekosten, zum anderen Klassenwachstum was tun? Wir haben leider sonst keine Anträge. Nun könnte man meinen, man sei zufrieden oder man wisse nicht was tun. Es ist die Rede von diesem «Mechano». Es bestünde ja auch die Möglichkeit zu versuchen, neue Wege zu beschreiten. Das wurde nicht getan. Vielleicht müssen wir das irgendwie anders probieren. Trotzdem bedanken wir uns, und wir kommen auf die einzelnen Positionen später zurück.

Simon Maurer, Präsident: Die Rednerliste ist somit erschöpft. Wir kommen zu den einzelnen Budgetanträgen gemäss Traktandenliste Nr. 2.1.2 bis 2.1.6. Bitte beachten Sie, dass wir anhand dieser Traktandenliste vorgehen, nicht anhand der Geschäftsnummern. Es hat jeweils zuerst der Postulant oder die Postulantin das Wort, dann der zuständige Gemeinderat, dann die Fireko und am Schluss der Einwohnerrat als Ganzes.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2.1.2

Budgetantrag von Niklaus Morat, SP-Fraktion, betreffend
Konto 3010; Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonal, Geschäft 4332B.3

Niklaus Morat, SP-Fraktion, Postulant: Ich habe zwei Budgetanträge mit fast dem gleichen Wortlaut eingereicht. Denjenigen mit der Geschäftsnummer 4332B.3 ziehen wir zurück.

Simon Maurer, Präsident: Somit ist der Antrag 4332B.3 zurückgezogen. Wir kommen zum Traktandum 2.1.3.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2.1.3

Budgetantrag von Niklaus Morat, SP-Fraktion, betreffend
Konto 3010; Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonal, Geschäft 4332B.4

Niklaus Morat, SP-Fraktion, Postulant: Diesen Antrag ziehe ich mitnichten zurück. Alle Jahre wieder bietet sich uns die Gelegenheit, die Lohnsenkung aus dem Jahr 2015 zu korrigieren. Dieses Jahr ist die Gelegenheit besonders gross, wieder für Lohngerechtigkeit zu sorgen. Das oberste Kader der Gemeindeverwaltung, das neu die Geschäftsleitung bildet, hat durch eine Änderung im Stellenbild einen neuen, höheren Lohn zugesprochen erhalten – aufgrund der Umstrukturierung in der Gemeindeverwaltung sicher zu Recht. Die anderen Angestellten der Gemeinde haben durch die Umstrukturierung ebenfalls veränderte Arbeitssituationen, jedoch keinen höheren Lohn. Dies ist, denke ich, Grund genug, die Löhne wenigstens wieder auf das Niveau von 2015 anzuheben. Ein weiterer wichtiger Grund wäre, dass das Sparziel, das der Gemeinderat und der Einwohnerrat 2015 mit unterschiedlichen Methoden erreichen wollten, längst erreicht ist. Der Gemeinderat hat das erkannt, wofür ich ihm danken möchte. Ich bitte euch im Namen unseres Personals: Stimmen Sie meinem Budgetantrag zu. Wenn nicht jetzt, wann dann? – Ich habe noch eine kleine Anmerkung zu diesem Budgetantrag. Ich wurde darauf aufmerksam gemacht, dass das, was ich erreichen will, im Titel für Verwirrung sorgt. Ich hatte geschrieben dass die Lohnbereiche 1 – 7 den Lohnklassen 10 – 24 entsprechen. Um das von mir angestrebte Ziel zu erreichen, müsste es jedoch heissen «Lohnklassen 9 – 24», denn es gibt tatsächlich im Lohnbereich 8 und im Lohnbereich 7 Bereichsleiter, und diese sind alle mindestens in der Lohnklasse 10. Ich bitte es mir daher nachzusehen, wenn ich meinen Antrag dahingehend ändere, dass ich mich nur beziehe auf «Lohnklassen 9 – 24 gemäss Personal- und Besoldungsregiment Anhang 2»; diese seien um 1% zu erhöhen.

Roman Klausner, Gemeinderat: Wir haben den Antrag zur Kenntnis genommen und geprüft und kamen in der Abstimmung klar zum Ergebnis, dass es wohl innerhalb der Gesamtumstrukturierung möglich wäre, dies durchzuführen und einen gewissen Ausgleich hinzubekommen. Der Gemeinderat hat das Thema lange diskutiert und nimmt den Antrag in dieser Form und mit den veränderten Zahlen an.

Barbara Grange, SP-Fraktion: Ich kann nicht viel Neues dem hinzufügen, was mein Kollege schon sagte. Aber ich möchte doch nochmals darauf hinweisen, dass dieses Signal an die Mitarbeitenden der Verwaltung, die durch die Umstrukturierung mehr Arbeit zu bewältigen haben, wirklich sehr wichtig wäre. Wir dürfen auch nicht vergessen: Auch wenn es gerechtfertigt sein sollte, in den oberen Lohnbereichen eine neue Einteilung vorzunehmen und damit wertzuschätzen, was dort an Mehrleistung erbracht werden muss, so denkt vielleicht doch mancher einfache Arbeiter: Dort, wo der Lohn eh schon reicht, gibt es mehr; und ich, der den Batzen umdrehen muss, bleibe auf dem gleichen Lohn sitzen. Da wäre es eben schön, man könnte diese Gerechtigkeit schaffen, wenn jetzt schon auch der Gemeinderat ja sagt, was bisher nie der Fall war.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich hatte schon beim damaligen Antrag auf Lohnsenkung beantragt, diese auf ein Jahr zu befristen. Nun hat sie bereits zwei Jahre gedauert. Und wenn man das Geld hat, ist es für mich selbstverständlich, dass man das jetzt korrigiert. Ich bin nicht Jurist. Der Jurist in unserer Fraktion hat mich noch auf einen formellen Punkt aufmerksam gemacht: Müsste es nicht eigentlich so laufen, dass der Gemeinderat einen Antrag auf Lohnerhöhung stellt? Das ist laut unserem Juristen so geregelt im Personal- und Besoldungsreglement, § 39. Falls das zutrifft, könnte man substantiell-inhaltlich dem Budgetantrag zustimmen, aber formell müsste der Gemeinderat die Lohnerhöhung beantragen.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich möchte zuerst generell auf die Erhöhung der Löhne eingehen, und anschliessend auf die Einschränkung auf bestimmte Lohnklassen. Als wir den Lohn senkten, bestand ein strukturelles Defizit. Dieses besteht heute immer noch. Um eines strukturellen Defizits Herr zu werden, braucht es wiederkehrende Massnahmen. Einmalige oder beschränkt wirkende Massnahmen reichen nicht aus. Generell muss man auch feststellen, dass es unserem Personal nicht schlecht geht, bekommt es doch, wie jedes Staatspersonal, jedes Jahr durch den generellen Stufenanstieg eine Lohnerhöhung, die es in der Privatwirtschaft nicht gibt. Ferner haben wir im Oktober eingewilligt, dass die Pensionskassensanierung zu 100% zulasten des Arbeitgebers vorgenommen wird. Dabei hatten wir natürlich auch im Hinterkopf, dass unser Personal schon einmal bei den Finanzen mitgeholfen hatte und dies damit gewürdigt, indem wir für 180 Personen dieses Geschenk machten. Im Normalfall

werden die Arbeitnehmer zu Pensionskassensanierungen mit herangezogen, wie dies jetzt auch beim Bundespersonal und im Kanton der Fall sein wird. Auch wenn man noch nicht weiss, wie gross die Beteiligung sein wird, das Personal wird jedenfalls einen Anteil tragen müssen.

Die Lohnerhöhungen in den oberen Lohnklassen, die der Gemeinderat in diesem Jahr vorgenommen hat, finden wir in unserer Fraktion auch nicht schön, da dies eine Ungleichbehandlung herbeiführt, und da es dort, wo schon mehr ins Portemonnaie hineinfliesst, nun noch mehr dazu kommt. Man hat aber zur Kenntnis genommen, dass diese Erhöhung notwendig gewesen sei, um konkurrenzfähig bleiben zu können und in den Bereichen der entsprechenden Berufsbilder gutes Personal zu bekommen. Ich persönlich bin davon nicht überzeugt und denke, dass man auch vorher schon konkurrenzfähig war. Wenn ich es vergleiche mit den Lohnklassen, die im Kanton gelten, so habe ich den Eindruck, dass wir in unserer Gemeinde darüber liegen. Aber das ist eine Vermutung von mir.

Womit wir von der FDP-Fraktion sehr Mühe haben, ist, dass die SP jetzt Jahr für Jahr kommt mit dem Antrag auf Lohnerhöhungen, damit bei unserem Personal Hoffnungen schürt, ihm den Speck vor die Nase hinhält, aber vorher nicht auf die Fraktionen zugeht und fragt, wie sie sich dazu stellen. Die Wahrscheinlichkeit ist klein, dass diese Lohnerhöhung durchkommt, und wir finden es äusserst unfair, dem Personal diese Hoffnung zu machen, obwohl man davon ausgehen muss, dass man sie kurz vor Weihnachten enttäuschen muss. Wir möchten uns dafür schon einmal beim Personal entschuldigen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Niklaus Morat hat gefragt: Wenn nicht jetzt, wann dann? Vielleicht können wir 2020, nach fünf Jahren, rückwirkend beurteilen, wie sich Aufwand und Ertrag entwickelt haben und zweitens auch das strukturelle Defizit. Und drittens muss zuerst auch das Personalreglement angepasst worden sein an die neuen Verhältnisse der Anstellungsbedingungen des mittleren und oberen Kaders in der Gemeinde Allschwil, wie das auch in der Privatwirtschaft möglich ist, um reagieren zu können auf personelle Veränderungen, oder wenn zum Beispiel nicht die geeignete Person auf dem richtigen Posten sitzt. Wenn diese drei Sachen geklärt sind, sind wir sehr gerne bereit, den Anstieg [*gemeint: die Senkung, Anm. Protokollführer*] wieder aufzuheben. Ferner ist noch anzumerken: Wenn der Gemeinderat jetzt zustimmt, was er bisher nicht getan hat, so tut er das nicht, weil er so nett ist, sondern um sich selber politischen Druck von der Schulter zu nehmen. Wenn das nämlich der Gemeinderat ist, der noch im Sommer sagte, wegen des strukturellen Defizits können wir niemandem mehr Lohn geben, und wenn dann herauskommt, dass er kurz darauf neuen Mitarbeitern und dem höheren Kader aufgrund der Gemeindeumstrukturierung mehr Lohn gibt, dann ist das für uns als Fraktion unverständlich. Und jetzt kommt diese Gemeinderat und nimmt sich einfach den politischen Druck von den Schultern und den Druck vonseiten der Angestellten und sagt: Wir geben ihnen 1% mehr. Denen oben müssen wir nicht mehr geben, das haben wir ja schon getan. Und was wir im Übrigen im Sommer gesagt haben, stimmt nicht. Das ist nicht nett. Das ist einfach ein Sich-das-Leben-einfacher-machen. Wer so wirtschaftet und lenkt und verwaltet, der darf auch gerne noch zwei weitere Jahre den Druck von unten weiter spüren. 2020 sind wir gerne bereit, wenn die anderen Punkte stimmen, mit den anderen Fraktionen zusammensitzten und das auszudiskutieren und zu schauen, ob wir das eine Prozent wieder hochgehen können. Zum jetzigen Zeitpunkt wäre das aus den genannten Gründen einfach nicht richtig. Darum wird unsere Fraktion den Antrag ablehnen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Dies ist nicht das erste Mal, dass der Gemeinderat sich dreht. Er war ganz am Anfang auch nicht der Meinung gewesen, dass man die Löhne senken muss. Dies ist der zweite Anlauf des Gemeinderats. Es ist auch nicht so, dass wir bei den Mitarbeitern der Gemeinde eine Hoffnung schüren. Das ist überhaupt nicht wahr. Jede und jeder von uns hat doch die Hoffnung, dass etwas mehr ins Kässeli kommt. Wir haben Krankenkassenprämien, wir haben Hauszinse und vieles mehr, was uns wirklich plagt. Ich rede auch nicht von einer Lohnerhöhung. Das ist total falsch. Es wäre höchstens eine Entschädigungskorrektur, oder eine Lohnkorrektur. Ich habe gehört, dem Personal gehe es doch gut. Ja Gott sei Dank geht es ihnen gut! Wenn es ihnen nicht gut ginge, müssten sie ja zu der Abteilung in der Gemeindeverwaltung hingehen, wo die hingehen, denen es nicht gut geht. Das wäre eine Katastrophe. Wenn es immer heisst, die Leute bei der Gemeinde oder beim Kanton hätten aufgrund der bestehenden Lohnskalen regelmässige Lohnerhöhungen – das ist wie bei den grauen Haaren, die regelmässig kommen, ich kann das bestätigen, schaut mich an. Ich war 42 Jahre lang auf dieser Lohnskala. Seit 40 Jahren gab es keinen Anstieg mehr. Das war das Maximum. Damit das einmal ganz klar ist: Diese Löhne steigen nicht bis zu den grauen Haaren. Hört einfach mal damit auf. Wenn es heisst: Du bist ja lang dabei, du bekommst immer mehr – nein, es ist schlichtweg ein Stillstand. Und wenn wir jetzt schon eine Teilkorrektur für einen Teil der Mitarbeitenden in sehr wichtigen Funktionen gemacht haben, wäre es nicht mehr als angebracht, die Hoffnung, die vorhanden ist, aber nicht geschürt wird, auch denen zu erfüllen, die genau so viel Verantwortung tragen wie alle anderen auch. Wir sind froh, wenn die Leute auf dem Werkhof und in

der Verwaltung genau diese Leistung erbringen, mit Freude und mit der Hoffnung, die uns allen und ihnen zusteht.

Christoph Ruckstuhl, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich hätte eine Rückfrage an den Gemeinderat. Er hat relativ dünn begründet, wie er jetzt zu dem Entscheid gekommen ist, dass die Gemeinde es sich leisten könne, die Lohnsenkungen rückgängig zu machen. Ich möchte gerne ein klares Ja vom Gemeinderat hören mit einer Begründung auch finanzieller Art und Weise, wie er zu diesem Entscheid kam, ohne dass er entsprechende Ausgaben ins Budget gestellt hat. Demnach ist er also zu der Zeit, als das Budget erstellt wurde, noch nicht so weit gewesen, dass er dies für verkraftbar hielt. Nun hat er diese Meinungsänderung vorgenommen. Ich bitte darum, dies zu begründen, damit ich eine gute Wahl treffen kann.

Roman Klausner, Gemeinderat: Ich tue dies gern. Ich denke, man konnte diese Mehrausgaben nicht direkt ins Budget nehmen, sondern der Entscheid fiel ganz klar im Rahmen des Umstrukturierungsprozesses. Wir sahen dort, was in welchen Stufen passiert und welche Auswirkungen die Lohnsenkung genau hatte. Wir wussten, dass es zwei oder auch drei Jahre dauern kann. Herr Spiegel hat es relativ gut gesagt, bis wann man es wirklich richtig hätte tun müssen. Darum ist diese Zahl auch nicht direkt so im Budget. Wir haben das alles gesehen, haben aber auch genau gemerkt, was aufgrund der Einstufung der oberen, respektive der neu besetzten Stellen geschieht, die anders deklariert wurden, nämlich dass es hier ein Ungleichgewicht gibt. Darum ist der Entscheid des Gemeinderats so gefallen. Im Übrigen ist es nicht eine Realloohnerhöhung, wie es von dem zitierten Juristen angedeutet wurde, sondern es ist eine Anpassung an den vorigen Zustand. Darum braucht es nicht den erwähnten Antrag des Gemeinderates gemäss Reglement. – Ich hoffe, dass diese Erklärungen ausreichen. Oder möchten Sie noch mehr hören?

Christoph Ruckstuhl, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich danke für die Ausführungen. Mir wäre einfach wichtig gewesen zu erfahren, wie der Gemeinderat das Ganze in Anbetracht des strukturellen Defizits sieht und zur Meinung kommt, dass diese Sparmassnahme gleichwohl nicht mehr nötig sei. Sagt der Gemeinderat: Es ist kein Problem, das strukturelle Defizit steigt eben ein bisschen, aber für uns ist das verantwortbar? [Heiterkeit]

Roman Klausner, Gemeinderat: Das habe ich nicht gesagt. Das strukturelle Defizit haben wir. Und diese Lohnanpassung ist nicht im Sinne eines ausgeglichenen Budgets. Es geht um einen ganz anderen Entscheid. Das muss ich schon festhalten.

Andreas Widmer, CVP-Fraktion: Für unsere Fraktion ist das auch kein einfacher Antrag. In der Budgetdebatte im Dezember 2015 handelte es sich bei der tatsächlichen einprozentigen Kürzung der Löhne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verwaltungs- und Betriebspersonal in der Tat um eine Sparmassnahme. Für die betroffenen Personen war es einschneidend. Ihnen wurde etwas genommen, worüber sie vorher hatten verfügen können. Dass das als schmerzlich empfunden wurde, ist absolut nachvollziehbar. Diese Massnahme jetzt wieder rückgängig zu machen, erachten wir allerdings nicht als zweckmässig. Die prognostizierte Nettoverschuldung im Jahr 2018 von immerhin budgetierten CHF 2'785.00 pro Kopf ist nicht unerheblich, bedeutet sie doch eine «hohe Verschuldung». Das ist im Verschuldungs-Ranking immerhin die zweithöchste Stufe. Es besteht also weiterhin keine wesentliche Entspannung der Gemeindefinanzen. Worüber wir froh sind, ist, dass der Stufenanstieg gewährleistet werden konnte in den letzten zwei Jahren. Das ist nicht unerheblich. Für alle Personen, die die Bedingungen für den Stufenanstieg erfüllen, sind das doch Lohnerhöhungen zwischen 7 und 1 Prozent. Das ergibt sich daraus, dass in den letzten zwei Jahren der Stufenanstieg maximal 8 bis 2 Prozent war. Minus dem einen Prozent Lohnkürzung, das die Mitarbeitenden hinnehmen mussten, waren es doch 7 bis 1 Prozent mehr für jenen Teil des Personals, der den Stufenanstieg geniessen durfte. – Zu dem Eingriff in die Lohnstruktur, mit dem man einfach einen Teil der Lohnklassen berücksichtigen möchte: Dies sehen wir nicht als zielführend an. Falls wirklich eine Lohnungerechtigkeit besteht zwischen den Lohnklassen, müsste man das allenfalls über eine Stellenbeschreibung neu beurteilen und nicht ganze Bereiche der Lohnklassen anheben. Aus diesen Gründen lehnen wir den Antrag ab.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich sage jetzt etwas aus meiner persönlichen Sicht, und ich muss sehr Wert darauf legen, dass das meine Ansicht ist. Es gibt doch eine zweite Person, die in etwa meine Meinung teilt. Ich werde also ausnahmsweise einmal nicht die gleiche Meinung vertreten wie der Rest meiner Fraktion. Es ist eine Seltenheit, aber es kommt vor. Ich möchte dies folgendermassen begründen: Erstens habe ich immer gesagt und dies klar und deutlich kommuniziert, auch hier drin: Wenn die Rechnung positiv abschliesst, wird das eine Prozent wieder heraufgesetzt.

Die Rechnung hat positiv abgeschlossen. Ich stehe zu meinem Wort. Wenn es auch ein Fight war, aber es ist so. Ich werde dem zweiten Antrag, der gestellt wurde, zustimmen.

Was mich auch stört, das muss ich ebenfalls sagen: Jemandem quasi stillschweigend mehr Lohn zu geben, wenn man sowieso gerade am Umstrukturieren ist, das mag ja vielleicht nachvollziehbar sein. Aber mehr Lohn heisst auch mehr Verantwortung. Aber ich zweifle bei gewissen Personen, die mehr Lohn erhalten haben, dass sie auch mehr Verantwortung übernehmen. Ich bringe jetzt zwei Beispiele. Das eine ist: Wir sitzen jetzt hier in einem Schulhaus drin, und wenn wir einmal rundum gehen, dann sehen wir schon einen Fall, wo die Verantwortung nicht wahrgenommen wurden angesichts der Schäden, die hier durch Baumängel verursacht wurden. Man darf nicht einmal mehr „schutte“ – meine Kinder gehen hier auch in die Schule – denn es könnte ja die Fassade kaputt machen. Traurig, wie kann man an einem Schulhaus so eine Fassade anbringen; eine Betonwand hätte es auch getan im Parterre. Dann hätte man noch ein paar Farbkessel hingestellt, und die Kinder hätten sich verwirklichen können, pädagogisch wertvoll. Ich bin nicht so ein Pädagoge, aber ich habe gehört, das sei wertvoll. Auch das Restaurant Drei Könige hat das gemacht mit seinem schönen Auto. Also finde ich, das hätte man auch hier tun können. Das Zweite ist, dass man auch mit den Investitionen vorsichtig umgehen sollte, ein Bagatellbeispiel: Im Wahlbüro hat man eine Schnittmaschine angeschafft. Wer die bestellt hat, hat die Augen zu gehabt. Auf dieser Schnittmaschine steht in grosser Schrift – ich habe es abfotografiert und kann es auch nach vorne bringen – «nur geeignet für kleine dünne Kuverts». Jeder, der abstimmt, weiss ganz genau, diese Kuverts sind zu 90% gross und dick. Wieso nimmt man da Geld in die Finger für etwas, das man überhaupt nicht gebrauchen kann? Bis anhin hat man im Wahlbüro – ich bin schon länger dabei – die Präsidenten mindestens einbezogen, ehe man etwas angeschafft hat. Wieso hat man das hier getan, ohne uns einzubeziehen? Jetzt haben wir Geld hinausgeknallt für nichts, es bringt nichts, die Maschine steht im Keller unten, wir können sie schlicht und einfach nicht gebrauchen. Das ist aus meiner Sicht verschwenderischer Umgang. Es handelt sich zwar um einen kleinen Betrag, aber so etwas kommt auch bei höheren Beträgen vor, ohne dass man darauf achtet. Man könnte viel Geld sparen, indem man zuerst Rücksprache nimmt. Und da habe ich eben Zweifel, ob gewisse Leute, die ihren Kopf hinhalten sollten, ihn auch wirklich hinhalten. Mehr Geld nehmen, aber nachher sagen, das ist nicht mein Problem! Das sind auch Steuergelder. So etwas ärgert mich auch, wenn man am Personal spart, aber mit dem grossen Muldenkipper Geld im fünften Stock zum Fenster hinauswirft. Dann muss ich sagen, das geht für mich leider nicht ganz auf. – Und noch etwas zum Stufenanstieg: Es ist nicht jede Stufe mit einem Betrag hinterlegt. Ich bin auch beim Staat angestellt und weiss, dass das so nicht stimmt.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Ich möchte auf einige Punkte eingehen, wobei das Wichtigste schon von Jean-Jacques Winter gesagt wurde. Es geht definitiv nicht um eine Lohnerhöhung. Es ist eine Lohnanpassung. Ich verspreche, dass ich das für dieses Jahr zum letzten Mal gesagt habe. Was den Vergleich Privatwirtschaft / öffentliche Wirtschaft angeht, so kann man diesen bei den Angestellten nicht ziehen. Das funktioniert einfach nicht, wenn man es genau anschaut. Und wie lange wollen wir noch warten – noch zwei Jahre, noch drei Jahre? Mir persönlich wäre es recht, wenn wir das gleich einmal erledigen würden. Aber ich kann euch versprechen, solange ich das Vertrauen erhalte und in diesen Rat gewählt werde, werde ich diesen Antrag stellen, so lange, bis die Korrektur erfolgt ist.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich bin froh, dass das nicht eine Lohnerhöhung ist, sondern eine Anpassung. Damit ist ja das formelle Problem gelöst. Es ist eine Anpassung, ich wiederhole das, weil es wirklich wichtig ist für die Korrektur. Im Übrigen merke ich, dass es für mich jetzt ein wenig schwierig ist, eine Entscheidung zu treffen. Ich habe bezüglich der Mittel, die verfügbar sein müssen, um diese Anpassung zahlen zu können, auf die Frage von Christoph Ruckstuhl keine überzeugende Antwort bekommen. Es ist offenbar nicht so, dass man sagen könnte, das können wir uns jetzt gut leisten. Dass die Rechnung positiv abgeschlossen hat, reicht für mich nicht ganz aus. Für mich kristallisiert sich wieder einmal eine Enthaltung heraus.

Simon Maurer, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Somit stimmen wir über den Antrag ab. Ich lese in der Vollständigkeit halber nochmals vor. Es handelt sich um das Geschäft 4332B.4, betreffend Konto 3010, Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals.

Der Antrag lautet:

Anhebung der Löhne um 1% für alle öffentlich-rechtlich angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Lohnklassen 9 – 24 gemäss Personal- und Besoldungsregiment, Anhang 2.

://:

Der Antrag wird durch Stichentscheid des Präsidenten angenommen mit 17 Ja, 17 Nein und einer Enthaltung.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2.1.4

Budgetantrag von Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, betreffend
Konto 1110.3102; Drucksachen, Publikationen, Geschäft 4332B.1

Semra Wagner, SP-Fraktion: Es freut uns, dass wir mit unserem kleinen Budgetantrag zugunsten der Schulwegsicherheit für unsere Kinder im Gemeinderat auf offene Ohren gestossen sind. Die kleine Präventionsmassnahme für einen sicheren Schulweg liegt meiner Meinung nach allen Eltern, Familien und den meisten mir bekannten Lehrerinnen und Lehrern und natürlich auch Schulleitern am Herzen – und sicher auch uns hier im Einwohnerrat. Darum danke ich euch schon jetzt für die grossmehrheitliche, wenn nicht einstimmige Annahme.

Simon Maurer, Präsident: Möchte jemand vom Gemeinderat Stellung nehmen? – Das ist nicht der Fall. Jemand von der Fireko? – Das ist ebenfalls nicht der Fall. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? – Auch das ist nicht der Fall. Somit stimmen wir über den Antrag ab.

Der Antrag lautet:

Betrifft Konto 1110.3102 Drucksachen, Publikationen. Antrag: Erhöhung des Budgets um CHF 1'000.--

://:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2.1.5

Budgetantrag von Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion, betreffend
Konto 2110.3020; Löhne der Lehrkräfte Kindergärten sowie
Konto 2120.3020; Löhne der Lehrkräfte Primarschule, Geschäft 4332B.5

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Ich möchte mit dem Antrag bewirken, dass die Ratsmitglieder Stellung beziehen zu der Frage, ob und wie viel Geld grundsätzlich noch oder weiterhin in die Bildung fliessen soll, und wann und wo, oder ob anderenfalls berechnete Einsparungen erfolgen dürfen. Grundsätzlich möchte ich eine Angebots- und Kostentransparenz erreichen. Man kann den Eindruck bekommen, dass wir ein bisschen ein unkoordiniertes Wildwuchsangebot haben für Spezialunterstützungen für Kindergarten- und Primarschulkinder. Und man bekommt in den letzten drei Jahren auch den Eindruck, dass dieser noch ausgebaut wird, unabhängig von der Menge der Schüler. Aufgrund von Nachfragen hat man herausgefunden, dass anscheinend gewisse Zahlen oder Budgetgrundlagen nicht eruiert werden können. Das hat uns ein bisschen erstaunt. Uns dünkt doch, dass sämtliche Mehrausgaben und Zusatzangebote zu regulären Klassen von Primarschülern, oder auch im Bereich Kindergarten, begründet werden müssten; und bei Wiederholung muss man sie wieder begründen bzw. rechtfertigen. Aufgrund der Antwort aus dem Schulrat vom 7. November bekam man den Eindruck, dass der Schulrat in diesem Sinne keine buchhalterischen Fragen oder Angaben beantworten kann, und dies, obschon die Fireko bereits seit Mai 2016 ein Postulat pendent hat, das in die gleiche Richtung stösst. Und ich habe inzwischen herausgefunden, dass, als ich meine Anfrage stellte, die Sache eigentlich zeitgleich auf der Gemeindeverwaltung bearbeitet wurde; man hat dazu Angaben im Finanzplan. Daraufhin haben wir entschieden, dass ich an diesem Budgetantrag festhalte.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Ich habe ein gewisses Verständnis für das Anliegen von Frau Balsiger; denn man könnte schon ein bisschen den Eindruck haben, es sei eine Ohnmacht. Aber die Sache ist

eben nicht so direkt steuerbar. Darum ist der Antrag als solcher falsch und sogar nutzlos. Sie können heute diesem Antrag zustimmen – und es wird sich nichts ändern. Denn die Grundlage sind das Bildungsgesetz und die entsprechenden Vollzugsmassnahmen des Amts für Volksschulen, die definieren, wie viele Klassen gebildet werden und wie gross die Klassen sind. Insofern wird hier ein Konto benannt mit gebundenen Kosten. Wenn man also eine Veränderung in der Bildung herbeiführen möchte, wie das Frau Balsiger gerne hätte, dann muss man auf kantonaler Ebene tätig werden und das Bildungsgesetz und die entsprechenden Ausführungsbestimmungen beeinflussen. Dann verändert sich kantonal etwas. Die Gemeinde Allschwil und damit auch der Schulrat der Primarstufe halten sich an die gesetzlichen Bestimmungen und vollziehen diese korrekt. Hieraus resultieren die entsprechenden Schülerzahlen, Klassenzahlen mit allen entsprechenden Einführungsklassen, Kleinklassen, Förderunterricht und so weiter. Man kann das gut finden oder schlecht finden. Aber man kann es nicht beeinflussen, indem man das Konto der Lehrerlöhne zu ändern versucht. Hier ist einfach der Lösungsansatz falsch.

Ich bin überzeugt, und auch der Gemeinderat ist überzeugt und der Schulrat ist überzeugt, dass wir ein gutes Bildungsgesetz haben, das sicherstellt, dass Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichen Voraussetzungen gut gefördert werden, sodass möglichst jeder – ich sage «möglichst», denn es gelingt uns leider nicht immer – seinen Weg findet in die Berufswelt und in die Gesellschaft und nachher die Möglichkeit hat, seinen Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Um das zu erreichen, fangen wir an im Kindergarten und es geht weiter in der Primarschule, der Sekundarstufe und nachher teilweise im tertiären Ausbildungsbereich. Ich möchte Sie darum bitten, den Antrag abzulehnen. Das soll nicht heissen, dass einfach alles richtig und perfekt ist im Bildungswesen. Wir müssen dranbleiben und weiterhin das Optimum suchen. Ob das Optimum in einem Abbau oder einem Ausbau liegen würde, lasse ich offen. Aber wir müssen das Optimum suchen zum Wohle der nächsten Generation, und damit auch zum Wohl von allen.

Barbara Grange, SP-Fraktion: Ich nehme gern im Namen der SP-Fraktion Stellung zu diesem Antrag, der bei uns einigermaßen verständnisloses Kopfschütteln ausgelöst hat. Wie wir unterdessen vielleicht alle wissen, geht dieser Antrag von falschen Voraussetzungen aus, bzw. von falsch interpretierten Datenangaben, da die im Budgetantrag erwähnte Anzahl Kinder pro Klasse keine Doppelzählungen von Kindern berücksichtigt, die nicht deutscher Muttersprache sind. Der Gemeinderat hat das ja in seiner Stellungnahme klar zum Ausdruck gebracht. Nicht berücksichtigt wurde auch, dass es ein paar freie Plätze für Verschiebungen innerhalb von Klassen oder für Neuzuzüger geben muss. Es ginge nicht an, dass eine Schulplanung mit komplett vollen Klassen starten würde; das würde der Kanton gar nicht absegnen. Dass gewisse Schüler doppelt gezählt werden, weil sie nicht Deutsch als Muttersprache mitbringen und oft ja auch aus sehr andersartigen Kulturkreisen kommen, ist nicht einfach ein Luxus, den die Schule hat, sondern das ist unsere Chance, an der Integration von Leuten zu arbeiten, die zu uns in die Schweiz kommen, und es sorgt für eine Chancengleichheit in der Bildung. Dafür ist die Schule der allerwichtigste Ort, da wir hier am meisten Einfluss darauf nehmen können, wie sich unsere Gesellschaft entwickelt. Was der Antrag auch überhaupt nicht berücksichtigt – und das kam vorhin im Votum auch ein wenig zum Ausdruck – ist, dass wir heute die integrative Schule haben. Das ist nicht nur die Schule, wie sie wahrscheinlich die meisten von uns selbst erlebt haben, und jetzt denken, 22 Schüler in der Klasse seien ein Luxus, man selber sei doch in einer Klasse mit 28 oder 30 Schülern gewesen. Wir haben jetzt die integrative Schule, und hier hat es Schüler, die früher auf einer Sonderschule gegangen wären. Diese sind heute mit dabei. Das ist so festgelegt in der kantonalen Gesetzgebung. Das braucht auf Seiten der Lehrkräfte ein erweitertes Fachwissen. Sie müssen sich jetzt mit Themen auseinandersetzen, mit denen sie früher nicht konfrontiert waren. Sie müssen diese Schüler verstehen und begreifen, was sie für eine spezielle Situation mitbringen. Sie müssen wissen, was eine ADHS ist, sie müssen wissen, was ein blinder Schüler braucht usw. Das ist eine ganz andere Anforderung. Dazu müssen wir auch noch wissen, dass Schüler, die so in die Klassen hineinkommen, je nach ihrem Bedürfnis, eine sozial- oder heilpädagogische Begleitung zugute hätten. Tatsache ist, dass in der Primarschule Allschwil viele dieser Stellen gar nicht besetzt sind, weil man das Personal dazu nicht findet. Alle Kantone rundum suchen jetzt diese Leute, sie sind heiss begehrt auf dem Stellenmarkt. Die suchen sich aus, wo sie arbeiten gehen wollen. Und der Kanton Baselland zahlt krottenschlecht im Vergleich zu anderen Kantonen. D.h., es gibt in diesen Klassen Schüler, die eigentlich das Anrecht auf eine spezielle Unterstützung hätten, die sie aber nicht bekommen, oder die mit irgendwelchen Praktikanten abgegolten wird, weil man froh ist, wenn man überhaupt jemanden hat, der noch mithelfen kann. Das ist die Situation. Und da will man jetzt kommen und den Lehrern sagen, was habt ihr es doch gemächlich, ihr könntet doch ein paar Schüler mehr in eure Klasse nehmen. Das steht ganz schräg in der tatsächlichen Situation der Schule und der Herausforderungen, die die Schule hat, und wie es den Lehrern tatsächlich geht. Und wie gesagt, diese Klassen sind nicht zu wenig voll, sie sind

ausgeglichen belegt. Der Antrag basiert daher wirklich auf nachweislich falscher Interpretation der Klassengrößen und wahrscheinlich auch auf einem Nichtwissen, was integrative Schule heisst. Wir sind für die Ablehnung des Antrags.

Kathrin Schaltenbrand, FDP-Fraktion: Ich persönlich bitte auch, diesen Antrag abzulehnen, ganz einfach aus dem Grund, dass die Rechnung grössere Klassen = tiefere Lohnkosten einfach nicht aufgeht. Je grösser die Klassen sind, desto umfangreicher werden auch die zusätzlichen Unterstützungen, die für die entsprechenden Schülerinnen und Schüler nötig werden, und die die Regelklassenlehrpersonen dann nicht mehr übernehmen können.

Pascale Uccella-Klauser, SVP-Fraktion: Ich möchte zunächst Frau Barbara Grange Dankeschön sagen, sie hat mir aus dem Herzen gesprochen. Ich möchte auch die Schulleitung in Schutz nehmen, und ich möchte auch dem Gemeinderat danken, dass er jedes Jahr bei der Klassenbildung mit uns zusammensitzt und diskutiert. Es ist wirklich so, wie es Barbara Grange sagte. Es gibt bei uns zu wenige Logopädinnen und sonstige Unterstützungspersonen und es ist auch beim Kanton bekannt, dass sie damit ein Problem haben. Wir in Allschwil können uns wirklich glücklich schätzen, dass wir noch Kleinklassen haben, denn die Integrationsschulung kostet einfach ein Vermögen. Aber man hat HarmoS angenommen, und so ist es jetzt eben.

Philippe Adam, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion wird sich den Vorrednern anschliessen und dieses Budgetpostulat ebenfalls ablehnen.

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Ich sehe, dass ich mit meinem Antrag das Ziel erreicht habe. Ich wollte diese Diskussion anstossen. Ich habe nie gesagt, dass Lehrer ein gemütliches Leben hätten, von dieser Meinung bin ich weit entfernt. Ich bin überzeugt, dass das absolute Gegenteil der Fall ist. Ich bin aber der Auffassung, dass eine Transparenz im Bildungswesen geschaffen werden muss. Diese haben wir aktuell nicht. Ich bin auch der Überzeugung, dass wir aufhören sollten, immer zu sagen: Der Kanton gibt das vor und wir können nichts machen. Wir haben einen Gemeinderat, den man auf verschiedene Arten zu motivieren versuchen muss, dass er beim Kanton für andere Lösungsansätze verhandelt. Der Lösungsansatz muss nicht sein «Ausbau oder Umbau», sondern es kann auch sein, dass es neue Wege gibt, die man beschreiten kann, dann beruhigen sich hintendran die Kosten von alleine oder sie steigen jedenfalls nicht mehr im gleichen Ausmass an.

Simon Maurer, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über den Antrag ab.

Der Antrag lautet:

Verzicht auf Zusatzklassen / Kindergarten bzw. die Reduktion um ein Jahreseinkommen (ca. 117'000 / Jahr) eines Primarlehrers/Primarlehrerin bzw. einer Kindergärtnerin im Konto 2110.3020 Löhne der Lehrkräfte Kindergärten sowie Konto 2120.3020 Löhne der Lehrkräfte Primarschule.

://:

Der Antrag wird mit 29 Nein zu 2 Ja bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 2.1.6

Budgetantrag von Niklaus Morat, SP-Fraktion, betreffend
Konto 5720.3635; Beiträge an private Unternehmungen, Geschäft 4332B.2

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Ich musste feststellen, dass ich in Sachen Sozialhilfe absolut kein Experte bin, weder als Helfer auch als Anspruchsberechtigter. Aus diesem Grund bin ich ganz froh über das Know-how der Leute aus der Fraktion und darüber hinaus. Ich bin nach dem Verfassen und Einreichen dieses Antrags sehr viel klüger zu diesem Thema. Dennoch: Vielleicht reicht ja das budgetierte Geld tatsächlich, damit wir unseren Aufgaben in der Sozialhilfe gerecht werden, vielleicht aber auch nicht. Sozialhilfe sollte nicht zu einem Verwaltungsakt verkommen. Unsere Anstrengung, den betroffenen Menschen zu helfen, muss weiterhin hohe Priorität haben. Ich denke, dass der

Budgetantrag durchaus seine Berechtigung hat. Der letzte Abschnitt der Antwort des Gemeinderates bestätigt das. Laut dieser Aussage könnten wir diesen Budgetposten auch halbieren oder streichen, es würde sich nichts am Verfahren ändern. Seriös wäre das wahrscheinlich nicht. Ein weiterer Satz in der Antwort des Gemeinderats irritiert mich auch. Im zweiten Abschnitt steht: «Aktuell wird das <Intake-Verfahren> überprüft und weitere Optimierungen werden abgestrebt.» Das ist hoffentlich kein Freudscher Verschreiber. Anyway bitte ich Sie, dem Budgetantrag zuzustimmen.

Roman Klauser, Gemeinderat: Ich hoffe, dass Sie von Leuten, die in der Sozialhilfebehörde sind, sehr viel gehört haben darüber, was man dort macht. Dies ist eines der Geschäfte, die bei uns in der Sozialhilfe sehr viel Zeit brauchen, viel Geld brauchen, aber auch sehr genau angeschaut werden. Die Arbeitsintegration, um die es hier speziell geht, ist im Moment ein ganz heikles Thema. Wir haben sehr viele Firmen, die sich darum bemühen, die vorstellen, was sie tun. Auf der anderen Seite sehen wir aber auch genau, dass da eine ganze Industrie aufgebaut wird auf dem Level, wo alle sagen, wir machen alles. Für uns als Gemeinde ist es wichtig, das anzuschauen. Wo geben wir jemanden in eine Arbeitsintegration hinein? Wo braucht es das wirklich? Wo nützt es etwas? Oder beruhigen wir einfach nur unser Gewissen und schicken jemanden für drei Monate irgendwohin, wo es uns sechs- oder siebentausend Franken kostet, im Wissen, dass wir nachher genau gleich weit sind wie vorher. Das ist die Verantwortung, die wir haben. Die nehmen wir wahr in dieser Behörde, indem wir die Fälle genau anschauen und auch die Firmen genau anschauen, die das betreiben. Da gibt es nämlich Firmen, die nicht unbedingt gerade so seriös sind, sondern die einfach darauf aus sind, soundsoviele dieser Fälle hereinzunehmen, und damit haben sie die Hälfte ihres Gesamtbudgets schon drin. Und das ist etwas, das mir als Unternehmer sehr weh macht, wenn ich es sehen muss. Ich lebe direkt damit und sehe, wie es geht. Darum ist dieses Budget für mich in der Höhe richtig. Wir schauen jedes Mal, wenn jemand in ein solches Programm geht, genau an wer, wo und wie lange. – Wenn wir in einem halben Jahr 200 Sozialhilfeempfänger mehr haben und diese in das Programm geben müssen – das ist die Aussage in unserer Begründung – können wir nicht regulieren, ob die budgetierte Zahl stimmt oder nicht. Aber auf dem jetzt bekannten Stand ist das die seriöse Berechnung. Darum sind wir dafür, das Postulat abzulehnen.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Wir haben dieses Budgetpostulat eingehend diskutiert und sind relativ klar zur Meinung gelangt, dass es ein sinnvolles und wichtiges Statement ist, dass man die Arbeitsintegration und die Beiträge der privaten Unternehmen im Budget erhöht. Denn wir sind der Überzeugung, dass dies ein richtiges Signal ist – auch wenn der Gemeinderat klar sagt, dass im Falle der Erreichung der Budgetgrenze das Verfahren von Gesetzes wegen der noch durchgeführt wird. Mittelfristig wäre die Erhöhung dieses Budgetbetrages eine sinnvolle Anpassung. Wir sind für Annahme des Budgetantrags.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Nun bin ich eben ein wenig erschrocken darüber, dass die FDP als Wirtschaftspartei ein solches Postulat unterstützt. Generell ist Arbeitsintegration sinnvoll. Es ist richtig, dass man versucht, Leute möglichst schnell aus einer Spirale, in der sie sich eventuell befinden, herauszuholen und wieder zu integrieren. Nur muss man einmal schauen, was diese Arbeitsintegrationsstellen eigentlich tun. Sie vermitteln zum Teil mittels irgendwelcher Projekte Mitarbeiter am Unternehmen, die nachher vom Staat quersubventioniert werden. D.h., der Unternehmer hat nicht genau diese Aufwendungen. Und genau das unterstützt jetzt die FDP. Ob das eine wirtschaftsfreundliche Politik ist, wage ich wirklich zu bezweifeln. Vielleicht sollten Sie ein Time-out verlangen und sich über ihre Grundgedanken klar werden. Vielleicht kommen sie dann zu einem anderen Schluss. Wir lehnen das Postulat aus den genannten Gründen ab. Und wie auch der Gemeinderat sagt, ist der jetzt budgetierte Betrag ausreichend.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich finde, dass man dem Postulat gut zustimmen kann. Die Absicht stimmt, bei dem, was da gemacht wird, und es wird auch gut gemacht. Das haben wir auch einmal seitens der GPK prüfen können. Vor allem ist es ja nicht eine Budgeterhöhung à fonds perdu. Der Mitteleinsatz wird immer noch geprüft, und man muss nicht alles ausgeben.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Wir in unserer Fraktion sind überzeugt von der Arbeit, die bei der Arbeitsintegrationsstelle auf der Gemeinde geleistet wird. Deren Leistungsausweis liegt weit über dem Durchschnitt der Erfolgsquoten. Wir setzen uns sehr wohl für die Wirtschaft ein, aber das Liberale beinhaltet auch einen sozialen Gedanken, und genau das kommt hier zum Ausdruck. Es geht darum, Menschen, die in der Sozialhilfe sind, die Chance zu geben, dass sie wieder im ersten Arbeitsmarkt Fuss fassen können. Damit tun wir auch der Wirtschaft einen Dienst.

Roman Klausner, Gemeinderat: Es geht nicht um die Arbeitsintegrationsarbeit, die die Gemeinde leistet, sondern was wir hier sehen, ist die Summe, die wir direkt zahlen an die Firmen für die Programme. Es hat also nichts mit dem zu tun, was wir als Gemeinde machen. Die Gemeinde leistet eine sehr gute, hervorragende Arbeit in der Abklärung der Leute in Bezug auf die Frage, wo man sie einsetzen kann und was überhaupt möglich ist. Das Problem ist, dass es nach dem sechsten Deutschkurs schwer ist, jemanden in ein Programm zu vermitteln, wo es noch Sinn macht. Das sind die Probleme, die wir zu lösen versuchen, und die werden sehr sensibel und gut gelöst. Hier geht es aber nicht darum, sondern um das Geld, das wir extern zahlen für die Programme, um die Leute in diesen vermeintlichen ersten Arbeitsmarkt zu bringen. Und alle, die ein bisschen in der Wirtschaft zu tun haben, wissen, wie schwer das ist und wo die Problematik liegt. Also: Es geht um die Programme und das Geld, das wir extern an all diese Firmen zahlen. Ich darf jetzt nicht anfangen, über diese Firmen zu schimpfen, ich kenne sie zu gut. Aber wir haben ein Auge darauf. Darum ist es für mich klar, dass das Postulat abzulehnen ist.

Simon Maurer, Präsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Somit stimmen wir über den Budgetantrag 4332B.2 ab «Beiträge an private Unternehmungen, Konto 5720.3635».

Der Antrag lautet:

Budgetantrag: Erhöhung des Budgets um CHF 50'000.–

://:

Der Antrag wird durch Stichentscheid des Präsidenten angenommen mit 15 Ja, 15 Nein und 5 Enthaltungen.

Simon Maurer, Präsident: Meine Hoffnung war gewesen, dass wir vor der Pause mit dem Budget durchkommen. Das ist leider nicht der Fall. Darum machen wir jetzt eine Viertelstunde Pause bis 20:35 Uhr und gehen dann in schnellen Schritten weiter durch das Budget.

PAUSE

Simon Maurer, Präsident: Mir wurde mitgeteilt, dass der Gemeinderat im INFO-FENSTER nichts mitzuteilen hat. – Herr Spiegel hat das Wort gewünscht.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Es geht um Folgendes. Es war zwar auf der Traktandenliste keine Fragestunde angesetzt. Ich möchte jedoch anmerken, dass nach dem Geschäftsreglement des Einwohnerrates, § 55 Abs. 2, pro Quartal mindestens eine Fragestunde stattfinden muss. Wir sind jetzt im vierten Quartal, hatten aber bisher nur drei Fragestunden. Es ist die letzte Sitzung im Jahr. Von daher wünsche ich, dass jetzt eine Fragestunde stattfindet, weil das im Reglement so vorgesehen ist. – Und ich hätte auch eine Frage. [Heiterkeit]

Simon Maurer, Präsident: Hierfür braucht es einen Änderungsantrag zur Traktandenliste, und da wir uns bereits in der Traktandenliste befinden, braucht es dazu ein 2/3-Mehr.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Es braucht doch kein 2/3-Mehr. Wenn etwas niedergeschrieben ist, das man einhalten muss, dann ist es gegeben. Es gibt den Gesetzesparagrafen 55, der niedergeschrieben ist, wonach es mindestens eine Fragestunde braucht pro Quartal, und heute ist die letzte Sitzung. Dann muss es heute durchgezogen werden. Wenn das Büro einen Fehler gemacht hat, kann man nicht vom Einwohnerrat erwarten, dass er etwas tut, sondern wir müssen es einfach durchziehen, weil es so niedergeschrieben ist, und fertig. Es ist ein Gesetz. Oder wie es neudeutsch heisst, es muss *legal and compliant* sein, also bitte.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich bitte, da nicht lang zu diskutieren. Lasst doch Florian Spiegel seine Frage stellen, sonst haben wir hier noch 10 Minuten lang ein Hickhack um den Salat herum.

Simon Maurer, Präsident: Herr Spiegel, stellen Sie Ihre Frage.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Als erstes möchte ich mich dafür bedanken, dass wir jetzt eine Uhr im Saal haben. Meine Frage bezieht sich auf diese Uhr, wobei ich nicht weiss, ob ich Franz Vogt oder Christoph Morat fragen muss. Ich möchte gerne wissen, was im Nachhinein diese Uhr gekostet hat,

und zwar nicht nur die Anschaffungskosten, sondern auch die Montagekosten, und dann möchte ich wissen, ob es für die Findung dieser Uhr ein Gremium geben musste, und wenn ja, wie viele Leute und wer darin war, und was das Gremium noch gekostet hat. Dann haben wir die realen Kosten dieser Uhr. Die Antwort muss nicht jetzt erfolgen, wenn Sie die Zahlen nicht präsent haben. Sie dürfen die Antwort gern schriftlich an alle Einwohnerräte schicken.

Simon Maurer, Präsident: Kann jemand vom Gemeinderat die Frage beantworten?

Christoph Morat, Gemeinderat: Die Uhr wurde mit internen Mitarbeitern montiert und hat, glaube ich, so viel gekostet, wie sie Durchmesser hat, einen Franken pro Durchmesser hat sie gekostet. Es war eine Aktion, über die sich mehrere Leute unterhielten. Grundsätzlich hatten wir einmal gesagt, dass wir hier drin keine Uhr möchten. Es ist nur der Einwohnerrat, der bei seinen Sitzungen dieses Bedürfnis hat, jederzeit auf eine Uhr schauen zu können, obwohl jeder vor sich ein Handy, ein iPad oder sonst ein elektronisches Gerät hat, das ihm funk- und internetgenau die Zeit angeben würde. Wegen der restlichen Kosten muss ich überlegen und werde die Antwort selbstverständlich nachliefern.

Simon Maurer, Präsident: Gibt es weitere Fragen? – Das ist nicht der Fall. Somit fahren wir in der Traktandenliste fort.

Traktandum 2.2 Detailberatung

Simon Maurer, Präsident: Der 2. Vizepräsident Christoph Ruckstuhl ruft die einzelnen Kapitel auf, zuerst die Erfolgsrechnung, anschliessend die Investitionsrechnung.

Christoph Ruckstuhl, 2. Vizepräsident:

Budget Erfolgsrechnung

0 Allgemeine Verwaltung, S. 37

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich war sehr erfreut über die Zahlen unter Punkt 0110.3130, «Dienstleistungen Dritter». Ich durfte bei den Erklärungen lesen, dass für die Protokollierung der Kommissionssitzungen CHF 36'000 für 60 Sitzungen enthalten sind. Das macht pro Sitzungsprotokoll CHF 600. Ich freue mich sehr über dieses Geld. In zwei Kommissionen schreibe ich die Sitzungsprotokolle. Ich werde mich jetzt sofort bei den Präsidenten dieser Kommissionen bewerben für dieses Amt. Ich garantiere euch, der Schlummerbecher und das jährliche Ausarbeiten einer Menükarte wäre dann mit enthalten.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Wir waren ja jetzt, wenn ich es recht verstanden habe, auf Seite 37. Wir hätten aber noch eine Frage zur Artengliederung, Seite 30. Im Konto 304, sprich 3040 sind Erziehungszulagen. Solche hatten wir im Jahr 2016, aber nicht im Jahr 2017. Für 2018 sind sie wieder budgetiert. Uns war nicht klar, wie sich diese zusammensetzen und wie sie aufgelistet sind. Ich wäre froh, wenn das kurz erläutert werden könnte.

Joseph Hammel, Bereichsleiter Finanzen - Steuern: Diese Erziehungszulagen sind nichts Neues. Es gab sie schon seit längerer Zeit. Das Personal- und Besoldungsregiment sieht sie auch vor. Im Rahmen der Umstellung auf HRM2 wurden sie nicht gesondert ausgewiesen. Dies stellten wir in der Rechnung 2016 fest und korrigierten es. Das Budget 2017 wurde vor der Rechnung 2016 erstellt. Somit wurde es im Budget 2017 nicht berücksichtigt. Aber jetzt ist es korrekterweise im Budget 2018 berücksichtigt.

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, S. 39

Keine Wortmeldung

2 Bildung, S. 44

Keine Wortmeldung

3 Kultur, Sport, Freizeit, Kirche, S. 50

Keine Wortmeldung

4 Gesundheit, S. 54

Keine Wortmeldung

5 Soziale Sicherheit, S. 56

Keine Wortmeldung

6 Verkehr, S. 60

Keine Wortmeldung

7 Umweltschutz und Raumordnung, S. 61

Keine Wortmeldung

8 Volkswirtschaft, S. 66

Keine Wortmeldung

9 Finanzen und Steuern, S. 68

Keine Wortmeldung

Budget Investitionsrechnung

0 Allgemeine Verwaltung, S. 73

Keine Wortmeldung

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, S. 73

Keine Wortmeldung

2 Bildung, S 74

Keine Wortmeldung

3 Kultur, Sport, Freizeit, Kirche, S. 75

Etienne Winter, SP-Fraktion: Rekordverdächtig durchgespult. Ich bin nicht einmal so schnell im Blättern. Ich habe eine Frage bezüglich der Investitionen. Wir durften ja diverse Investitionen hier im Rat besprechen, sei es das Heimatmuseum, sei es der Rückbau vom Schulhaus Bettenacker. Meine Frage bezieht sich auf Konto 3414, Leichtathletik- und Fussballanlagen. Dort haben wir zwei Dinge bei der Sportanlage im Brüel: Ersatz Zäune und Abluftanlage/Lüftungsergänzungen. Ich würde gerne vom Gemeinderat eine Erklärung haben, worum es sich dabei handelt.

Robert Vogt, Gemeinderat: Hier geht es darum, dass in diesen Anlagen Erneuerungsarbeiten ausgeführt werden müssen. Speziell beim Zaun ist das eine Sicherheitsfrage, er droht umzufallen. Dort müssen wir handeln und einen neuen Zaun setzen. Zum Zweiten geht es um das Garderobengebäude, das sehr stark genutzt wird. Auch dort müssen wir Erneuerungsarbeiten vornehmen, und bei der Lüftung, mit der wir nie ganz zufrieden waren, nehmen wir jetzt auch Anpassungen vor. Selbstverständlich sind die Garantiefrieten hier schon längst abgelaufen.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Mich erstaunt aber doch, dass wir hier einen so grossen Betrag investieren in eine eigentlich neue Anlage. Wenn wir den Investitionsplan anschauen, dann kommen nochmals etwa CHF 40'000 oder 50'000 im kommenden Jahr dazu – oder sie waren im laufenden Jahr – für den Ersatz der Schliessanlage. Da stellt sich schon die Frage, wie man da geplant hat. Wenn man jetzt schon einen Zaun ersetzen muss, weil er umzufallen droht, dann ist das entweder ein Ausführungs- oder ein Planungsfehler. Da stellt sich schon die Frage, ob da nicht doch jemand zur Rechenschaft gezogen werden kann, oder ob man da einfach darüber hinweggeht.

Robert Vogt, Gemeinderat: Es ist eben so, dass, wenn in einem Objekt einmal irgendwo ein Mangel drin ist, der nicht innerhalb der Garantiefrist abgemahnt werden kann, dann bleibt das am Werkeigentümer hängen. Daran führt kein Weg vorbei. Und wenn es ein Sicherheitsrisiko darstellt, müssen wir das meiner Meinung nach ersetzen und dürfen auf keinen Fall abwarten.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Man muss also festhalten, dass das damalige Projektmanagement versagt hat? Das entnehme ich diesem Votum.

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: In dem Fall hoffe ich, dass man künftig die Garantien enger verfolgt und nicht erst nach deren Ablauf merkt, wenn etwas nicht in Ordnung ist.

4 Gesundheit, S. 75

Keine Wortmeldung

5 Soziale Sicherheit, S. 76

Keine Wortmeldung

6 Verkehr, S. 76

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Hierzu habe ich zwei Fragen. Die eine bezieht sich auf 5040.01, Werkhof, diverse Arbeiten, CHF 120'000. Wir würden gerne etwas genauer wissen, was dies beinhaltet. Die zweite Frage bezieht sich auf 5060.02, Ersatz Kleinlastwagen, CHF 175'000. Nachdem in den letzten Jahren schon viele Fahrzeuge ersetzt wurden, würden wir gerne genauer wissen, wofür dieser Kleinlastwagen genutzt wird.

Robert Vogt, Gemeinderat: Auf Seite 23 finden Sie in den Erläuterungen eine Beschreibung, wie diese Kosten entstanden sind. Bei 5040.01, Werkhof, diverse Arbeiten, geht es darum, dass die Beleuchtung im Untergeschoss und im Rampenbereich zu erneuern ist. Ferner müssen wir die rund 30-jährigen Innen-WC-Anlagen und Duschen sanieren sowie die Werkbänke nach Prioritäten ersetzen. Das führt zu diesem Betrag. Die Ausführungen zum Kleinlastwagen stehen unmittelbar darunter. Genügt diese Antwort?

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Das ist soweit o. k. Bezüglich des Kleinlastwagen melde ich mich nochmals bilateral.

7 Umweltschutz und Raumordnung, S. 77

Keine Wortmeldung

Simon Maurer, Präsident: Wenn kein weiteres Wortbegehren vorliegt, sind wir mit den Beratungen am Ende. Ich stelle fest, dass die Beratungen über das Geschäft 4332 A, B und C abgeschlossen sind. Ich frage Gemeinderat Franz Vogt, ob er noch ein Schlusswort sagen will.

Franz Vogt, Gemeinderat: Ich kann noch etwas zu den drei zusätzlichen Positionen sagen, die Sie beschlossen haben. Die Lohnanpassung um 1% bewirkt eine Budgetanpassung um ca. CHF 140'000. Die Plakate erhöhen das Budget um CHF 1'000. Die arbeitsmarktlichen Massnahmen erhöhen das Budget um CHF 50'000. Wir hatten angefangen mit einem Minus von CHF 2.269 Mio. und wären nun neu bei einem Defizit von CHF 2.46 Mio. Im Übrigen möchte ich mich bedanken für das Vertrauen, dass Sie in uns setzen.

Simon Maurer, Präsident: Seitens der Fireko wird das Wort nicht gewünscht. Somit kommen wir zu Traktandum 2.2.2, Anträge des Gemeinderates, gemäss Bericht 4332, Seite 13

Abstimmung

Anträge des Gemeinderates

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt der Gemeinderat dem Einwohnerrat, wie folgt zu beschliessen:

1) Das Budget 2018 für die Einwohnergemeinde Allschwil wird genehmigt.

://:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

2) Der Steuerfuss für die Einkommens- und Vermögenssteuer der Natürlichen Personen wird unverändert auf 58.0% der Staatssteuer festgelegt.

://:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

3) Die Steuersätze für die Juristischen Personen werden unverändert wie folgt festgelegt:

- a) Kapitalgesellschaften / Genossenschaften
 - Ertrag 5.00%
 - Kapital 2.75‰

- b) Vereine, Stiftungen, übrige Juristische Personen
 - Ertrag 58.00% der Staatssteuer
 - Kapital 2.75‰

- c) Holdinggesellschaften
 - Liegenschaftsnettoertrag 58.00% der Staatssteuer
 - von ausländischen Quellen
 - besteuertes Einkommen 5.00%
 - Kapital 0.10‰ mind. CHF 100.00

- d) Domizilgesellschaften
 - Kapital 0.50‰ mind. CHF 100.00

://:

Dem Antrag wird grossmehrheitlich mit 1 Enthaltung zugestimmt.

Schlussabstimmung

://:

Das Geschäft 4332 A, B und C wird einstimmig als Ganzes abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Bericht des Gemeinderates vom 25.10.2017, betreffend
Rückbau der gemeindeeigenen Gebäude der Schulanlage
Bettenacker und Rückbau der Turn- und Konzerthalle Gartenstrasse
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4352

Robert Vogt, Gemeinderat: Im Rückbau dieser beiden Schulhäuser haben wir die Möglichkeit, den Weg zu öffnen für eine zukünftige Nutzungsänderung. Das ist sehr wichtig, denn wie Sie wissen, um unser strukturelles Defizit zu beseitigen, brauchen wir auch Einnahmen. Das können wir auf diesen beiden Parzellen realisieren. In der Vorlage ist sehr detailliert beschrieben, dass man sehr

umweltschonend und fachgerecht vorgegangen ist, weshalb auch die relativ hohen Kosten entstehen. Ich bin aber überzeugt, dass mit dem Rückbau dieser Liegenschaften der Marktwert der beiden Parzellen steigt und wir dies hierdurch mehr als kompensieren können. Ich bitte Sie deshalb, den beiden Anträgen zuzustimmen.

Simon Maurer, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. – Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir zur allgemeinen Beratung.

Allgemeine Beratung

Christian Kellermann, CVP-Fraktion: Wir unterstützen den Antrag und danken der Gemeinde für das schnelle und schnelle Vorantreiben des Rückbaus dieser beiden Objekte. Im gleichen Zug wünschten wir uns auch, dass die weitere Verfolgung, vor allem die Baurechtsvergabe des Bettenacker-Areals, mit dem gleichen Effort vorangetrieben werden kann, sodass wir möglichst Ende nächsten Jahres, wenn der Rückbau erfolgt ist, schon mehrere Angebote auf dem Tisch hätten.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Wir sind auch der Meinung, dass der Antrag angenommen werden soll. Wir hatten ja im Mai den Verpflichtungskredit für diese Rückbaustudie bewilligt, dann ist es jetzt nicht mehr als konsequent, wenn wir auch dem gesamten Rückbau der beiden Gebäude zustimmen. Wer A sagt, muss auch B tun. Wir von der FDP sind einstimmig dafür.

Jérôme Mollat, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Wir haben eine Frage zum Rückbau der TuK. Was sind die Überlegungen darüber, dass man diese jetzt schon abreißen müsse? Erschweren wird dadurch nicht eine allfällige Nachnutzung oder einen Verkauf des Schulhauses Gartenstrasse als Schulhaus, wenn dieses keine Turnhalle mehr hat?

Robert Vogt, Gemeinderat: Wie Sie wissen, ist diese Turm- und Konzerthalle sehr alt und auch in einem Zustand, in welchem Erneuerungen fällig werden. Deswegen ist der Gemeinderat zum klaren Entschluss gekommen, dass wir mit einem Rückbau Möglichkeiten eröffnen, das Areal ganz anders zu nutzen. Dann wäre das Gebäude eine Last auf diesem Areal. Deswegen haben wir uns dazu entschieden, es möglichst rasch zurückzubauen und den Weg freizumachen für eine neue Nutzung.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Es fällt mir schwer, ja zu sagen zu diesem Geschäft. Wie Ihr wisst, bin ich dort fast fünf Jahrzehnte ein- und ausgegangen. Aber der Fall ist klar, es muss dort etwas gehen. So, wie es jetzt aussieht, ist es sicher keine Freude. Schade, dass gewisse Kunstwerke, die sich am Bau befinden, das Schulhaus als «Fröschlihuus» und andere Sachen leider verschwinden werden. Das war ja ein Kennzeichen im ganzen Quartier, man ging ins «Fröschlihuus». Wichtig ist mir aber auch, dass der Platz nachher, bis etwas Neues kommt, für das Quartier genutzt werden kann, um Federball zu spielen, um darüber spazieren zu gehen etc.

Ich habe noch zwei, drei Anmerkungen zum Papier selber. Auf Seite 4 ist davon die Rede, dass dort gerodet werden müsse. Auf dem Areal hat es ganz, ganz tolle Bäume. Ich gebe es nicht gern zu, aber die sind älter als ich. Es sind Hagebuchen, Eiben, Koniferen, ein richtiges kleines Wäldchen. Ich denke nicht, dass man diese Bäume entfernen muss, ehe nicht etwas anderes mit diesem Areal geschieht. Man soll die Bäume für das Quartier stehen lassen. Man kann ja das Gras entfernen. Aber den Rest soll man stehen lassen. – Es ist auch die Rede von Asbest. Ich erinnere mich selbst noch an einen Asbestalarm, als man im Trakt B – ehemals ein trockener Pausenplatz – das Lehrerzimmer einbaute. Wer es nicht glaubt, kann Roland Hilfiger fragen, damals Rektor, oder Paul Glanzmann. Ich hoffe einfach, dass diese Sache mit sehr grosser Sorgfalt ausgeführt werden. – Im Übrigen ist ja klar, es hat dort eine Heizung, an der das halbe Quartier hängt, auch das muss mit grosser Sorgfalt weiterverfolgt werden.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Wir unterstützen den Vorstoss des Gemeinderates und werden das Geschäft überweisen. Ich persönlich habe noch eine Anschlussfrage bezüglich des Rückbaus. Im 2016, vor einem Jahr, haben wir CHF 30'000 in die TuK investiert für die Inliner-Sanierung der Kanalisation. Mich nimmt Wunder, ob nach diesem Rückbau dort wieder angeschlossen werden kann, oder ob der Rückbau so weit geht, dass dies obsolet ist und man sich die CHF 30'000 vor einem Jahr eigentlich hätte sparen können.

Robert Vogt, Gemeinderat: Zuerst noch zur Frage von Jean-Jacques Winter. Es ist so, dass man Rodungen selbstverständlich vornehmen muss, um die Gebäude überhaupt rückbauen zu können. Das gehört zum Rückbau. Wir werden natürlich prüfen, ob das in einzelnen Fällen nicht nötig ist, aber

grundsätzlich gehört die Rodung zum Rückbau. – Bezüglich der Kanalisation ist es so, dass wir als Gemeinde und Gesetzgeber die Grundeigentümer verpflichten, ihre Kanalisation zu sanieren. Dementsprechend war ich dort der Meinung, dass wir dies auch tun, und zwar rechtzeitig. Also haben wir diese Kanalisation saniert, wie es sich gehört. Wir konnten damals auch noch nicht wissen, wie lange sich das Ganze hinziehen würde und ob das Gebäude nicht noch länger genutzt werden würde. Heute ist aber klar, wenn wir diesen Rückbau vornehmen, dann ist diese Investition verloren. Dieser Kanalisationsanschluss wird gekappt.

Simon Maurer, Präsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Ich frage den Rat an, ob zusätzlich abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht wird. – Das ist nicht der Fall. Somit stelle ich fest dass die Beratungen über das Geschäft 4352 abgeschlossen sind.

Abstimmung

Anträge des Gemeinderates, S. 12

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Für die Rückbauarbeiten der gemeindeeigenen Gebäude der Schulanlage Bettenacker wird ein Kredit von CHF 1'752'000.00 inkl. 7.7% MWST genehmigt.

://

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

2. Für die Rückbauarbeiten der Turn- und Konzerthalle Gartenstrasse wird ein Verpflichtungskredit von CHF 495'000.00 inkl. 7.7% MWST genehmigt.

://

Dem Antrag wird grossmehrheitlich mit 1 Enthaltung zugestimmt.

Schlussabstimmung

://

Das Geschäft wird einstimmig als Ganzes abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Bericht des Gemeinderates vom 15.11.2017, betreffend
Umgestaltung Lindenplatz Studienauftrag
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4359

Robert Vogt, Gemeinderat: Sie haben in unserem Bericht gelesen, dass eine Spezialkommission für den Lindenplatz eingesetzt worden war. Ich möchte dieser Kommission herzlich danken, denn dank ihr hat eine sehr gute Vorabklärung stattgefunden, es wurde eine politische Ausgewogenheit gefunden, und es ergaben sich mehr oder weniger zwei Dinge: Dass man erstens ein Studienauftragsverfahren durchführen möchte, aus welchem man dann das beste Team herausfinden möchte, das eine gute Lösung vorschlägt für die Umgestaltung des Lindenplatzes; zweitens einigte man sich darauf, dass der Umfang der Lindenplatz-Erneuerung mit CHF 2 Millionen angesetzt werden soll. Wie ich gehört habe, gab es noch ein kleines Missverständnis. Man hatte den Eindruck, dass die CHF 200'000, die das Studienauftragsverfahren kostet, in den 2 Millionen Baukosten enthalten seien. Der Gemeinderat ist anderer Meinung. Wir treffen jetzt in diesem Studienauftragsverfahren eine Auswahl bezüglich der Frage, welche Art von Umgestaltung stattfinden soll. Erst danach entscheiden wir über die Umgestaltung selbst, deren Realisierung dann 2 Millionen kosten darf. Entsprechend finden Sie in unserem Antrag die Durchführung des Studienauftragsverfahrens, und ich bitte Sie, dem zuzustimmen.

Simon Maurer, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. – Das ist nicht der Fall.

Allgemeine Beratung

Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion: Der Lindenplatz hat eine grosse Bedeutung als Zentrum von Neuallschwil. Kommt man aus Richtung Basel, ist der Lindenplatz auch ein wichtiges Eingangstor von Allschwil. Mit der Umgestaltung soll diese Bedeutung des Lindenplatzes gestärkt werden. In einem Workshop und in diversen Sitzungen dieser Spezialkommission wurden Ideen gesammelt, Meinungen abgeholt, Inputs aufgenommen, Gutachten bewertet, Überzeugungsarbeit geleistet und Lösungsansätze diskutiert mit dem Ziel einer Aufwertung der Aufenthaltsqualität und Attraktivität für alle auf dem Lindenplatz. Als Resultat hat die Spezialkommission die Empfehlung an den Gemeinderat gegeben, aufgrund derer dieser jetzt diese Vorlage ausgearbeitet hat. An dieser Stelle möchte ich mich bei den zuständigen Gemeinderäten Christoph Morat und Robert Vogt, sowie bei Lisa Euler, Jürgen Johner und Marc G. Rueff von der Verwaltung für ihre tolle Arbeit und ihr Engagement für die Aufwertung des Lindenplatzes bedanken. Damit wir dem Ziel eines ausgewerteten Lindenplatzes einen Schritt näher kommen, bitte ich euch, dem Nachtragskredit für die Durchführung des Studienauftrags zuzustimmen.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Ich schliesse mich dem Dank meines Vorredners an. Mit Genugtuung konnte ich als Mitglied der Spezialkommission feststellen, dass der Gemeinderat – bis auf einen Punkt – alle unsere Empfehlungen übernommen hat. Dieser Punkt betrifft, wie Robert Vogt schon sagte, den vorgelagerten Studienauftrag. Wir in der Fraktion sind der Meinung, dass der ausgewiesene Betrag gerechtfertigt ist, damit wir eine gute Planungsqualität bekommen, aufgrund derer wir dann auch ein gutes Endprodukt erreichen können. Darum bitten wir den Einwohnerrat, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Auch ich durfte in dieser Spezialkommission Einsitz nehmen. Sie war für den Einwohnerrat ein sehr gutes Instrument, um dahin zu kommen, wo wir heute stehen. Ich muss dazu aber sagen, dass wir den Vorstoss leider nicht unterstützen können. Und zwar nicht heute – heute können wir ihn unterstützen, aber nicht nachher beim Projekt, wenn das, was wir gemeinsam erarbeitet haben, nicht umgesetzt wird. Wir hatten gemeinsam etwas erreicht in stundenlanger Arbeit und hatten einen guten Konsens gefunden. Ich möchte nahelegen, dass wir uns jetzt auch wirklich daran halten. – Bei uns hatte es das Missverständnis zuerst auch gegeben, dass die Planungskosten in den 2 Millionen enthalten seien. Nach langem Hin und Her konnten wir uns aber auch entschliessen, die CHF 200'000 vorgängig zu sprechen. Dementsprechend müssen wir dann aber eine Planung haben, die für die Ausführung tragfähig ist. – Was uns auch freut, ist, dass man etwas andenkt, was wir eingebracht hatten, nämlich dass man zwei Personen, die in dieser Kommission mitgewirkt hatten, auch später in das Gremium einbezieht. Dies ist das richtige Instrument, um sicherzustellen, dass die Ziele, die sich die Kommission gesetzt hatte, auch wirklich verfolgt werden. Darum bitte ich, dass alle, die an diesem Projekt arbeiten, sich ihrer Verantwortung bewusst sind, damit man es so speditiv und zielgerichtet wie vorgeschlagen durchbringen kann, sodass die Umgestaltung Lindenplatz, wenn sie dann dem Einwohnerrat mit unseren Zielen vorliegt, ohne Weiteres und ohne nochmalige grosse Streitereien oder Grabenkämpfe überwiesen werden kann, und dass das, worauf wir seit Jahren warten, nämlich dass am Lindenplatz endlich etwas geschieht, realisiert werden kann. Für diese Arbeit danke ich im Voraus allen recht herzlich. Die SVP wird heute den Antrag überweisen.

Julia Gosteli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich möchte mich dem Dank meiner Vorredner ebenfalls anschliessen und zähle jetzt sicher nicht nochmals alle Menschen auf, die hier tatkräftig und wirklich kooperativ zusammengearbeitet haben. Ich möchte noch erwähnen, dass wir vor Ort gegangen sind und Plätze angeschaut haben, sodass wir pragmatisch erleben – und nicht nur auf Papier sehen – konnten, wie solche Plätze gestaltet werden können. Das hat mir sehr gut gefallen. Zum Votum von Florian Spiegel: Ich habe im Bericht gelesen, dass dies einen modularen Aufbau geben soll mit Kernnutzungen und Erweiterungsnutzungen. Wir hoffen wirklich, dass der Preis von 2 Millionen eingehalten wird. Es steht aber auch da, wenn jemand eine zündende super Idee hätte - - - das möchte ich einfach gesagt haben. – Es ist die Rede von einem Studienauftrag mit drei Projektteams im Dialogverfahren. Das habe ich so verstanden, dass man das Verfahren gut begleitet, damit es nicht zu übergrossen Projektierungen oder «gesponnenen Ideen» kommt. Dazu möchte ich fragen, wer im Rahmen dieses Dialogverfahrens die Verantwortung übernimmt, dass der Dialog auch stattfindet, und wer das Verfahren begleitet hinschaut. Toll finde ich, dass zwei Leute aus unserer Spezialkommission dabei bleiben werden. Die Kombination mit der Baslerstrasse begrüsse ich natürlich auch. – Was die eingesetzten Preisgelder und Expertenhonoreare angeht, hätte ich gerne vorgängig noch mit Andreas

Bärtsch gesprochen, was mir zeitlich nicht mehr gereicht hat. So gehe ich davon aus, dass diese Beträge gerechtfertigt sind.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich muss noch etwas anführen, das für unsere Fraktion ein Killerkriterium ist: Wir möchten gern, dass in diesem Expertenteam nicht die gleichen Leute sitzen wie beim Schulhaus und bei Wegmatten. Wir möchten dort andere Personen haben, für eine gesunde Durchmischung. Das ist für uns ganz wichtig, und das möchte ich so mitgeben. Wenn das nicht stattfindet und es wieder die gleichen Personen sind, dann können wir das Geschäft dann leider nicht überweisen.

Robert Vogt, Gemeinderat: Zuerst vielleicht noch eine kurze Erklärung zum Dialogverfahren beim Studienauftrag. Wie es der Name schon sagt, werden wir im Gemeinderat ein Beurteilungsgremium bestimmen. Dieses Beurteilungsgremium wird während des Planungsprozesses den Kontakt behalten zu den drei Teams, die Lösungen ausarbeiten. Damit vermeiden wir, dass diese in eine Richtung gehen, die wir nicht mehr kontrollieren können. Ich denke, diesbezüglich sind nun alle Ängste genommen. Zu den Ausführungen von Herrn Spiegel: Wir werden ganz bestimmt eine andere Zusammensetzung haben, das ergibt sich allein schon deswegen, weil ja jetzt die Ressorts im Gemeinderat gewechselt haben. Zum Zweiten haben wir auch bereits zugesichert, dass wir versuchen werden, auch zwei Personen aus der Spezialkommission Lindenplatz in das Beurteilungsgremium zu nehmen, damit wir wirklich eine breite politische Abstützung haben.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich möchte beliebt machen, dass man auf die zwei Personen, die dann ernannt werden, direkt zugeht, wenn es Gesichtspunkte gibt, die man einfließen lassen will.

Was mich gestört hat an der Hegenheimermattweg-Abstimmung: Herr Häuptli war bei uns in der Kommission, hat aber nicht einmal etwas davon gesagt, dass ihm etwas nicht passen würde; und hinterrücks ging er an die Presse und erzählte irgendwelche Kacke, wie ich ganz ehrlich sagen muss, die hinten und vorne nicht stimmte. Das möchte ich euch dort drüben mitgeben: Bindet ihn ein wenig zurück, er soll sich dort einbringen, wo er sich einbringen kann und nicht hinten herum solche Drecksspiele, ich kann es nicht anders sagen, durchziehen. Vielleicht hat er eine Profilneurose, ich weiss es nicht, jedenfalls finde ich das sehr, sehr schade.

Simon Maurer, Präsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Ich frage den Rat an, ob zusätzlich eine abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht wird. – Das ist nicht der Fall. Somit stelle ich fest, dass die Beratungen über das Geschäft 4359 abgeschlossen sind.

Abstimmung

Antrag des Gemeinderats, S. 7

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Für die Durchführung eines Studienauftrags im Dialogverfahren zur Umgestaltung des Lindenplatzes wird ein Nachtragskredit von CHF 194'500 inkl. 7.7% MWST bewilligt.

//:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Schlussabstimmung

//:

Das Geschäft wird einstimmig als Ganzes abgeschlossen.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich habe seit Juli 2011 das Fraktionspräsidium der FDP-Fraktion inne und habe mir Gedanken darüber gemacht, wann der günstigste Zeitpunkt ist, um in das zweite Glied zurückzutreten. Wir haben an der letzten Fraktionssitzung beschlossen, dass dies auf den Jahreswechsel sein wird. Somit habe ich meinen Rücktritt als Fraktionspräsidentin auf den 31. Dezember 2017 eingebracht. Als neue Fraktionspräsidentin ab 1. Januar 2018 wurde Rahel Balsiger gewählt. Ihr Vizepräsident wird Roman Hintermeister-Goop sein. Ich wünsche an dieser Stelle diesen beiden Personen viel Freude und viel Erfolg in ihrem neuen Amt. [Beifall]

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Merci vielmals, dass ich auch noch etwas im Namen der FDP Allschwil sagen darf. Liebe Kathrin, du bist jetzt seit dem Jahr 2008 im Einwohnerrat für unsere Partei. Eines deiner Highlights war sicher, als du im Jahr 2010 das Einwohnerratspräsidium übernahmst. Im Anschluss, ab Juli 2011, wurdest du unsere Fraktionspräsidentin und hast in einem unermüdlichen Einsatz die Kommunikation innerhalb der unterschiedlichen Parteien sichergestellt. Du hast dich stets darum bemüht, parteiübergreifend Lösungen zu finden zum Wohle der Gemeinde Allschwil. Ein Fraktionspräsidium bringt immer auch einen grossen Mehraufwand mit sich, und es ist nicht selbstverständlich, dass man das über so lange Zeit auf sich nimmt. Den Namen der FDP kann ich dir also nur tausendmal Dank sagen für den Einsatz, den du in den vergangenen Jahren für unsere Fraktion geleistet hast. [Urs Pozivil gratuliert per Handschlag und überreicht ein Präsent. Beifall]

Simon Maurer, Präsident: Auch von meiner Seite ein herzliches Dankeschön für dein Engagement. Es ist 21:30 Uhr. Ich schliesse die Sitzung. Ich wünsche allen wunderschöne Festtage und einen guten Rutsch. Wir sehen uns im neuen Jahr wieder. Im Moment steht es, wie ich erfahren habe, immer noch 1:0 für den FC Basel. Denen, die jetzt nach Hause gehen, um im Fernsehen weiter zu schreiben, wünsche ich einen schönen Match.

ENDE